

Informationen zur

Tarifpolitik

WSI

Tarifpolitischer Halbjahresbericht

Eine Zwischenbilanz der Lohn- und Gehaltsrunde 2005

von Reinhard Bispinck und WSI-Tarifarchiv

1. **Einleitung**
2. **Ergebnisse im Überblick**
3. **Ausgewählte Tarifrunden**
 - 3.1 Öffentlicher Dienst
 - 3.2 Stahlindustrie
 - 3.3 Chemische Industrie
 - 3.4 Druck- und Papierindustrie
 - 3.5 Bauhauptgewerbe
4. **Ausblick**

Anhang: Grafiken, Tabellen, Übersichten

- Abschlussraten
- Jahresbezogene Erhöhungen
- Grundvergütung und Tarifniveau Ost/West
- Ausgewählte Tarifabschlüsse

Düsseldorf, Juli 2005

Tarifinfos im Internet:
www.tarifvertrag.de

Wirtschafts- und
Sozialwissenschaftliches
Institut in der
Hans-Böckler-Stiftung
(WSI)

Verantwortlich:
Prof. Dr. Heide Pfarr

Redaktion:
Dr. Reinhard Bispinck
WSI-Tarifarchiv

Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Str. 39
40476 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 7778-248

Fax: 0211 / 7778-250

E-Mail: tarifarchiv@wsi.de

www.tarifvertrag.de

1. Einleitung

Eine klassische Lohnrunde mit ausschließlich einkommensbezogenen Verhandlungen in allen zentralen Branchen fand in diesem Jahr nicht statt. Der Auftakt der Tarifrunde 2005 war geprägt von den Verhandlungen um ein vollständig neues Tarifwerk im öffentlichen Dienst. Nach rund zweijährigen Verhandlungen gelang den Tarifparteien ein Abschluss, bei dem die Vereinbarung über die Anhebung der Tarifentgelte nur einen Bestandteil unter anderen darstellte (vgl. Punkt 3.1). Deshalb konnte der Abschluss auch keine Pilotwirkung für die anderen Branchen entfalten. Im Mittelpunkt des weiteren Interesses standen zunächst die Stahlindustrie, die chemische Industrie und auch das Bauhauptgewerbe - drei Branchen mit sehr unterschiedlichen ökonomischen Rahmenbedingungen und tarifpolitischen Problemen. Die Metallindustrie nahm aufgrund des zweijährigen Abschlusses vom Frühjahr 2004 an der diesjährigen Tarifrunde nicht teil.

Die **ökonomischen Rahmenbedingungen** stellten sich gegenüber dem Vorjahr nicht grundlegend verbessert dar. Der Sachverständigenrat prognostizierte im Herbst 2004 sogar eine leichte Abschwächung des Wachstums von 1,8 % in 2004 auf 1,4 % für 2005. Auch die Wirtschaftsforschungsinstitute lagen in ihrer Herbstprognose mit 1,5 % auf dieser Höhe. Als treibende Kraft wurde für 2005 wiederum der Export ausgemacht mit einer Steigerung des Außenbeitrages um rund 6 % bei gleichzeitiger Stagnation des privaten wie öffentlichen Konsums. Für den Arbeitsmarkt wurde allenfalls ein geringer Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen erwartet, während die registrierte Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau stagnieren sollte. Die tatsächliche Entwicklung im ersten Halbjahr 2005 brachte ein Wachstum von 0,9 % gegenüber dem Vorjahr, nicht zuletzt aufgrund der Hartz IV-Reform stieg die Arbeitslosenzahl auf über 5 Mio.

Das **politische Klima** war gegenüber den Vorjahren insofern etwas verändert, als die rot-grüne Bundesregierung vor dem Hintergrund der katastrophalen Arbeitsmarktlage und der schlechten Landtagswahlergebnisse in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen bemüht war, ein besseres Verhältnis zu den Gewerkschaften herzustellen. Das wurde u. a. daran deutlich, dass sie den Entwurf eines auf alle Branchen erweiterten Entsendegesetzes zur Festsetzung von Mindestlöhnen in das Gesetzgebungsverfahren einbrachte. Auch entdeckten führende SPD-Politiker plötzlich den ökonomischen Sinn stärkerer Lohnerhöhungen zur Belebung der Binnennachfrage. Und die vom SPD-Vorsitzenden angeschobene „Heuschreckendebatte“ zur Kritik der Tätigkeit ausländischer Fondsgesellschaften kann ebenfalls vor diesem Hintergrund interpretiert werden.

Bei den **Lohn- und Gehaltsforderungen** markierte die IG Metall mit ihrer Forderung nach einer 6,5-prozentigen Tarifierhöhung für die Stahlindustrie den höchsten Wert, der zweifelsohne auch eine Reaktion auf die hervorragende Branchenkonjunktur war. In den übrigen Branchen bewegten sich die Forderungen überwiegend zwischen 3,5 und 4 % (vgl. Übersicht 1). Die IG BCE verzichtete in dieser Runde auf eine quantifizierte Forderung für ihre Hauptbranche, die chemische Industrie. Stattdessen forderte sie eine

„reale Einkommenserhöhung“, die auch die Produktivitätsentwicklung der Branche berücksichtigen sollte. Im öffentlichen Dienst stellte ver.di ebenfalls keine konkrete Entgeltforderung auf.

Übersicht 1

Tarifforderungen in der Tarifrunde 2005 in ausgewählten Tarifbereichen

Branchen	Lohn- und Gehaltsforderung
Chemische Industrie	reale Einkommenserhöhung
Druckindustrie	3,7 %
Einzelhandel NRW	3,5 %, mind. 70 €mtl.
Groß- und Außenhandel NRW	4,0 %, mind. 80 €mtl.
Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie	3,5 %
Kfz-Gewerbe NRW	Ausgleich Preissteigerung
Öffentlicher Dienst	keine quantifizierte Forderung
Papierverarbeitende Industrie	3,7 %
Stahlindustrie	6,5 %
Textilindustrie Ost	3,0 %

Quelle: WSI-Tarifarchiv

Die **Kündigungstermine** der Vergütungstarifverträge lagen so, dass der öffentliche Dienst die Tarifrunde eröffnete. Hier liefen die Vergütungsverträge Ende Januar 2005 aus. Ende März folgten die Stahlindustrie, die Druckindustrie und verschiedene regionale Bereiche des Handels. Ende Mai, Juni und Juli liefen die regionalen Entgelttarifverträge der chemischen Industrie aus. Ende September folgt das Versicherungs-gewerbe.

Den ersten großen Abschluss der Tarifrunde 2005 tätigte ver.di am 9.2. im **öffentlichen Dienst**. Parallel zur grundlegenden Reform der Tarifstrukturen durch den neuen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) vereinbarten die Tarifparteien für die Beschäftigten beim Bund und bei den Kommunen Einmalzahlungen von jeweils 300 € für die Jahre 2005, 2006 und 2007 (vgl. Punkt 3.1).

Es folgte am 28.2. der Abschluss für die **Deutsche Bahn AG** mit einer Pauschalzahlung (nach vier Nullmonaten) von monatlich jeweils 50 € über die gesamte Laufzeit bis Juni 2007 und erst anschließend eine Tarifierhebung um 1,9 %. Die Gewerkschaft Transnet musste als Preis für eine Beschäftigungssicherung auch einer Verlängerung der Arbeitszeit von 38 auf 39 Stunden ab Juli 2005 zustimmen. Nullmonate bzw. Pauschalzahlungen finden sich auch in zahlreichen weiteren Abschlüssen dieser Tarifrunde wie z.B. im Steinkohlenbergbau, im privaten Verkehrsgewerbe NRW, in der Druckindustrie, in der ostdeutschen Textilindustrie u.a.m. (vgl. Tabelle).

Der **Stahlabschluss** vom 11.5. brachte zweifellos das beste Tarifiergebnis des ersten Halbjahres mit einer Pauschalzahlung von insgesamt 500 € für den Zeitraum von März bis August 2005 und einer anschließenden tabellenwirksamen Tarifierhebung um 3,5 % bis Ende August 2006 (vgl. Punkt 3.2). Ebenfalls ganz vorne liegt die **chemische Industrie** mit einer Tarifierhebung um 2,7 % für 19 Monate und einer Einmalzahlung von 1,2 % bezogen auf die Laufzeit spätestens bis zum Februar 2006 (vgl. Punkt 3.3).

Übersicht 2

Ausgewählte Lohn- und Gehaltsabschlüsse West und Ost für 2005

Abschluss	Tarifbereich	Ergebnis
09.02.2005	Öffentlicher Dienst Bund, Gemeinden West und Ost	Einmalzahlung von je 300 € in 2005, 2006 und 2007 neue, einheitliche Entgeltstruktur für ArbeiterInnen und Angestellte ab 10/2005
28.02.2005	Deutsche Bahn AG	nach 4 Nullmonaten (März - Juni) jew. 50 €Pauschale für Juli 2005 - Juni 2007 1,9 % zum 30.06.07
14.03.2005	Holz- und Kunststoff verarbeitende Industrie Baden-Württemberg	40 €Pauschale für April 1,54 % ab 05/2005 - 03/2006
26.04.2005	Privates Verkehrsgewerbe Nordrhein-Westfalen	nach 8 Nullmonaten (August 2004 - März 2005) 2,9 % ab 04/2005 - 04/2006 (Sonderregelung für Kraftfahrer)
03.05.2005	Textilindustrie Ost	400 €Pauschale insg. für Mai 2005 - Oktober 2006 1,8 % Erhöhung ab 11/2006 - 03/2007
11.05.2005	Stahlindustrie Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen	500 €insg. Pauschale für April - August 3,5 % ab 09/2005 - 08/2006
19.05.2005	Stahlindustrie Ost	Abschluss wie West
31.05.2005	Kfz-Gewerbe Baden-Württemberg	95 €Pauschale für März - Mai 2005 1,5 % ab 06/2005 - 02/2006
02.06.2005	Steinkohlenbergbau West	400 €Pauschale für Mai 2005 - Dezember 2006 1,5 % ab 01/2007 - 12/2007
16.06.2005	Druckindustrie	340 €Pauschale insg. für April 2005 - März 2006, 1,0 % Erhöhung ab 04/2006 - 03/2007
16.06.2005	Chemische Industrie West	2,7 % Erhöhung regional unterschiedlich ab 06/07/08/2005 für 19 Monate Einmalzahlung von 1,2 % bezogen auf die Laufzeit spätestens zum Februar 2006
21.06.2005	Bauhauptgewerbe	Nach 17 (Ost: 24) Nullmonaten 30 €Pauschale für West, 15 € für Berlin jew. für 09/2005 - 03/2006 1,0 % ab 04/2006 - 03/2007 (Erklärungsfrist bis 29.7.2005)

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 06/2005

In der **Druckindustrie** verständigten sich ver.di und die Druckarbeitgeber erst nach sehr konfliktorischen monatelangen Verhandlungen am 16.6. auf eine Neufassung zahlreicher manteltariflicher Regelungen, wobei es der Gewerkschaft gelang, bei zahlreichen Zugeständnissen an anderer Stelle die tarifliche 35-Stunden-Woche im Kern zu verteidigen. Die Einkommensanhebung sah neben einer Pauschale von 340 €insgesamt für April 2005 bis März 2006 eine Tariferhöhung von 1,0 % ab 1.4.2006 für 12 Monate vor (vgl. Punkt 3.4).

Im **Bauhauptgewerbe** einigten sich die Tarifparteien am 21.6. nach 15-monatigen Verhandlungen auf ein Tarifpaket, das neben einer Arbeitszeitverlängerung von 39 auf 40 Stunden eine bessere Beschäftigungssicherung und moderate Lohnsteigerungen vorsieht. Letztere beinhalten Pauschalzahlungen von jeweils 30 € für September 2005 bis März 2006 sowie eine 1 %-ige Tarifierhebung ab 1.4.2006 für ein weiteres Jahr. Zum Redaktionsschluss dieses Berichts lief noch die Erklärungsfrist (vgl. Punkt 3.5).¹

¹ Daher wurde der Abschluss in der Lohn- und Gehaltsstatistik dieses Berichts auch nicht berücksichtigt.

2. Ergebnisse im Überblick

Im ersten Halbjahr des Jahres 2005 schlossen die Gewerkschaften des DGB Einkommenstarifverträge für rund **4,4 Millionen** Beschäftigte ab, darunter rund 0,8 Mio. in den neuen Bundesländern. Das entspricht rund 22 % der von Tarifverträgen erfassten ArbeitnehmerInnen.

In den nachfolgenden lohnstatistischen Berechnungen wurden allerdings die Ergebnisse von zwei wichtigen Tarifbereichen nicht berücksichtigt. Im *öffentlichen Dienst* tritt ab Oktober 2005 eine komplett neue Entgeltstruktur in Kraft, die mit den alten Lohn- und Gehaltsstrukturen nicht mehr vergleichbar ist. Im *Bauhauptgewerbe* steht der Abschluss vom 21.6. unter einer Erklärungsfrist bis zum 29.7. und ob er in Kraft treten würde, war zum Redaktionsschluss nicht sicher. Unter Einbeziehung dieser beiden Bereiche würde die durchschnittliche Abschlussrate für dieses Jahr deutlich niedriger ausfallen.

Die **durchschnittliche Abschlussrate** in den übrigen Tarifbereichen betrug für rund 2 Mio. Beschäftigte in Westdeutschland 2,1 %, für rund 0,35 Mio. Beschäftigte in Ostdeutschland 3,7 % (vgl. Tabellen 1 a - 1 c im Anhang). Diese Größe berücksichtigt nur die *tabellenwirksamen* Tarifierhebungen, d.h. sie schließt auch Stufenanhebungen ein, die während der Laufzeit der Verträge wirksam werden, berücksichtigt jedoch nicht Pauschal- und zusätzliche Einmalzahlungen. Im Osten kommt der relativ hohe Wert vor allem durch die Niveauanhebungen bei der Deutschen Bahn AG von 93 auf 100 % des Westniveaus je nach Entgeltgruppe in 2005 bzw. 2006 zustande.

Berücksichtigt man lediglich die im 1. Halbjahr 2005 in Kraft getretenen Tarifierhöhungen, ergibt sich für die westdeutschen Länder eine Abschlussrate von 1,9 %, für die neuen Länder von 2,0 %. Differenziert man diese Größe für ganz Deutschland nach Wirtschaftsbereichen, dann ergibt sich in diesem Jahr folgende Streuung: Am unteren Ende liegt der Bereich Öffentliche Dienste, Gebietskörperschaften mit 1,3 %² und der Bereich Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck mit 1,4 %. An der Spitze stehen der Bereich Energie- und Wasserversorgung mit 2,5 % und das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe mit 2,6 %.

Die **jahresbezogene** Steigerung der Tarifverdienste beträgt für dieses Jahr auf der Basis der vorliegenden Abschlüsse (Stichtag 20.6.2005) durchschnittlich 1,8 %. Darin sind auch jene Steigerungen für 2005 enthalten, die bereits im vergangenen Jahr vereinbart wurden. Diese Größe bringt - anders als die Abschlussrate - die Steigerung des durchschnittlichen tariflichen Monatsentgelts des laufenden Jahres gegenüber dem durchschnittlichen tariflichen Monatsentgelt des Vorjahres zum Ausdruck. Einbezogen werden bei dieser Größe auch die Pauschalzahlungen für verzögert in Kraft getretene Neuabschlüsse und zusätzliche Einmalzahlungen.

² Dahinter verbergen sich allerdings lediglich Abschlüsse für 9.600 Beschäftigte, der große Tarifbereich öffentlicher Dienst ist – wie erwähnt – nicht berücksichtigt.

Tabelle 1

Tarifsteigerung 2005 ¹

Wirtschaftsbereich	West	Ost	Gesamt
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	0,9	0,5	0,7
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	1,3	2,5	1,6
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	2,0	3,3	2,1
Investitionsgütergewerbe	1,8	1,9	1,8
Verbrauchsgütergewerbe	1,5	1,6	1,5
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1,8	2,3	1,9
Baugewerbe ²	1,7	1,7	1,7
Handel	-	-	-
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1,8	2,6	1,9
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	1,9	1,9	1,9
Private Dienstleistungen, Organ. o. Erwerbszweck	1,8	1,9	1,8
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung ³	1,0	2,3	1,2
Gesamte Wirtschaft	1,8	2,1	1,8

¹ Jahresbezogene Erhöhung 2004 gegenüber 2003

² Ohne Abschluss Bauhauptgewerbe wegen laufender Erklärungsfrist

³ Ohne Abschluss Öffentlicher Dienst wegen neuer Entgeltstruktur

Quelle: WSI-Tarifarchiv 2004 Stand: 20.6.2005

Die kalenderjährliche Tarifsteigerung liegt in diesem Jahr voraussichtlich unter der Höhe des Vorjahres (2004: 2,0 %). Hier ergeben sich deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen (vgl. Tabelle 1 und Tabellen 2 a - 2 c im Anhang). Die Tarifsteigerung in den alten Ländern liegt mit 1,8 % unter der in den neuen Ländern mit 2,1 %. Ausschlaggebend dafür sind die relativ hohen Steigerungsraten in den Bereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung (2,6 %), Gebietskörperschaften, Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (3,3 %), sowie im Bereich Energie und Wasserversorgung, Bergbau (2,5 %).

Im Jahr 2005 liegt also die vorläufige jahresbezogene Tarifsteigerung von durchschnittlich 1,8 % in etwa auf der Höhe der absehbaren Preissteigerungsrate von gut 1,7 % (Januar – Juni 2005). Andererseits wird angesichts einer voraussichtlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität von rund 1 – 1,2 % in diesem Jahr der kostenneutrale Verteilungsspielraum nicht ausgeschöpft. Daran dürfte sich auch angesichts der noch ausstehenden Tarifabschlüsse im Bereich des Einzel- und Großhandels, im Versicherungsgewerbe und anderen kleineren Branchen bis zum Jahresende wenig ändern. Zu berücksichtigen ist außerdem, dass ein nicht geringer Teil der jahresbezogenen Steigerung auf Pauschal- und Einmalzahlungen beruht, die sich nicht dauerhaft in den Tabellenvergütungen niederschlagen, also auch keine nachhaltige Verteilungswirkung zugunsten der ArbeitnehmerInnen entfalten.

Ein Blick auf das **Tarifniveau Ost/West**, d.h. das Verhältnis der tariflichen Grundvergütungen in den neuen Ländern im Vergleich zu den alten Ländern, ergibt am Beispiel ausgewählter Tarifbereiche folgendes Bild (vgl. Grafik und Tabellen 3 und 4 im Anhang): Im Durchschnitt von rund 40 ausgewählten Tarifbereichen mit rund 2,0 Mio. Beschäftigten errechnet sich ein Tarifniveau Ost/West von 94,2 %, eine Steigerung ge-

genüber Ende 2004 um 0,2 %. Dies ist auf geringfügige Anpassungen in einigen Tarifbereichen, aber auch auf statistische Effekte (veränderte Branchengewichte) zurückzuführen.

3. Ausgewählte Tarifrunden

3.1 Öffentlicher Dienst

Die Tarifrunde 2005 brachte einen tief greifenden Umbruch im Tarifgefüge des öffentlichen Dienstes. Die Tarifparteien vereinbarten eine grundlegende Reform des Tarifwerks für die ArbeiterInnen und Angestellten, die nicht nur eine Umgestaltung der Vergütungsbestimmungen, sondern auch der Arbeitszeitregelungen und zahlreicher anderer manteltariflicher Vorschriften beinhaltete. Verknüpft wurde dies mit einem Lohn- und Gehaltsabschluss, der die Einkommensentwicklung für einen Zeitraum von fast 3 Jahren regelt.

Übersicht 3

Ablauf der Tarifverhandlungen

11/2001	ver.di bildet „Modernisierungskommission“.
04.02.2002	„100-Punkte-Papier“ von ver.di zur Tarifreform.
10.01.2003	Tarifparteien schließen sog. „Prozessvereinbarung“ ab.
15.03.2004	Bundestarifkommission empfiehlt Weiterverhandlung.
26.03.2004	TdL beschließt Kündigung der Arbeitszeitbestimmungen West.
02.04.2004	ver.di beschließt Fortführung der Verhandlungen ohne die Länder.
16.12.2004	ver.di geht ohne bezifferte Forderung in die Tarifrunde ÖD 2005.
09.02.2005	Abschluss des TVöD.
01.10.2005	Inkrafttreten des TVöD.

Ausgangslage

Der Handlungsdruck für die Neugestaltung des Tarifrechts im öffentlichen Dienst speiste sich aus mehreren Quellen: Zum einen weist das bisherige Tarifwerk mittlerweile ein beachtliches Alter auf. So stammt der Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) vom Anfang der 60er Jahre und ist trotz aller Modifikationen, die er und auch die Arbeiter-Tarifverträge im Laufe der Jahrzehnte erfahren haben, in seinen Grundstrukturen weitgehend unverändert geblieben. Aus Sicht beider Tarifparteien waren grundlegende Überarbeitungen erforderlich.

Zum andern ergab sich Veränderungsbedarf aufgrund des Strukturwandels des öffentlichen Dienstes selbst. Die Schaffung des europäischen Binnenmarktes setzte die öffentlichen Unternehmen und Betriebe unter einen enormen Wettbewerbsdruck. Sie verloren aufgrund der Liberalisierung in zahlreichen Bereichen ihre Monopolstellung so etwa im Bereich der Energiewirtschaft, des Nahverkehrs, der Abfallwirtschaft und der Krankenhäuser. Dies führte zu gravierenden institutionell-organisatorischen Veränderungen in diesem Bereich.

Schließlich sorgte seit Anfang der 90er Jahre die zunehmend prekäre Finanzsituation der Gebietskörperschaften dafür, dass die Arbeitgeber auch nach tarifpolitischen Auswegen suchten, um die Personalkosten zu begrenzen. Die andere Alternative war die zunehmende Tariffucht, um die relativ hohen Tarifstandards des öffentlichen Dienstes unterlaufen zu können. Verknüpft mit den Erosionsprozessen bei den Arbeitgeberverbänden ergab sich daraus auch für die Gewerkschaften eine prekäre Situation.

Die Reform der Tarifstrukturen hat eine lange Vorgeschichte. Bereits seit Mitte der 90er Jahre hatten die Gewerkschaften ÖTV und DAG in ihren tarifpolitischen Programmen eine umfassende Neugestaltung des Tarifrechts im öffentlichen Dienst als Ziel formuliert. Die Bundestarifkommission öffentlicher Dienst von ver.di bildete im November 2001 eine „Modernisierungskommission“, die sich im Detail mit den Anforderungen an ein neues Tarifrecht befassen sollte. Im März 2002 empfahl diese Kommission eine Verhandlungsaufnahme mit den Arbeitgebern und legte „100 Punkte“ zur Diskussion eines einheitlichen Dienstrechtes vor. Im Rahmen des Abschlusses der Tarifrunde 2002/03 wurde im Januar 2003 eine „Prozessvereinbarung“ abgeschlossen, die Ziele, Grundsätze und Verfahren des weiteren Vorgehens der Tarifvertragsparteien festlegte. Zu den darin festgehaltenen Zielsetzungen der Tarifparteien gehörten folgende Punkte:

- Stärkung der Effektivität und Effizienz des öffentlichen Dienstes
- Aufgaben- und Leistungsorientierung
- Kunden- und Marktorientierung
- Straffung, Vereinfachung und Transparenz
- Praktikabilität und Attraktivität
- Diskriminierungsfreiheit
- Lösung vom Beamtenrecht
- einheitliches Tarifrecht für Angestellte und Arbeiterinnen/Arbeiter

Verhandlungen

Die Verhandlungen zogen sich über einen Zeitraum von zwei Jahren hin. Es gab eine zentrale Lenkungsgruppe und zusätzlich 9 Projektgruppen, die ihre Arbeit im Mai 2003 aufnahmen. Vier Projektgruppen beschäftigten sich mit den inhaltlichen Regelungsbereichen Arbeitszeit, Entgelt und leistungsorientierte Vergütung, Eingruppierung und manteltariflichen Fragen. Fünf weitere Projektgruppen beschäftigten sich mit speziellen Regelungen für die Bereiche Verwaltung, Krankenhäuser, Sparkassen, Flughäfen und Entsorgung.

Der Verhandlungsprozess wurde durch das Verhalten der Länder in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) nachhaltig beeinträchtigt: Im Juni 2003 kündigte die TdL die Tarifverträge über die Zuwendung mit Wirkung zum 1. Juli 2003. Damit entfielen die Tarifbindungen für neu eingestellte Beschäftigte und für Beschäftigte mit Vertragsänderungen. Darüber hinaus drohten mehrere Länder wie Baden-Württemberg, Hessen und Sachsen mit einem Austritt aus der TdL. Zum Bruch des Verhandlungsprozesses kam es, als die TdL im März 2004 die Tarifverträge über die Arbeitszeitbestimmungen in Westdeutschland kündigte, um auch im Bereich der Tarifbeschäftigten Arbeitszeit-

verlängerungen auf bis zu 42 Stunden durchzusetzen, die sie im Beamtenbereich bereits seit einiger Zeit realisiert hatten. Die Gewerkschaften brachen daraufhin die Verhandlungen mit den Ländern ab. Nach dem Ausscheiden der TdL wurde der Verhandlungsprozess neu strukturiert. Die Arbeit der Projektgruppen wurde ausgesetzt, Vertreter der Projektgruppen in die Lenkungsgruppe integriert. Von Mai 2004 bis Januar 2005 tagte die erweiterte Lenkungsgruppe rund 15-mal zum Teil zwei- und dreitägig. Die Zwischenergebnisse wurden am 27.1.2005 von der Bundestarifkommission mit 115 Ja-Stimmen und einer Enthaltung gebilligt.

Der letzte Lohn- und Gehaltsabschluss vom Januar 2003 lief Ende Januar 2005 aus. Innerhalb von ver.di gab es Diskussionen, ob und mit welcher Einkommensforderung sie in die anstehende Tarifrunde gehen sollte. Letztendlich verzichtete ver.di auf eine bezifferte Forderung, weil klar war, dass es eine Verknüpfung mit der angestrebten Tarifreform geben würde und vor diesem Hintergrund eine isolierte Lohnforderung nicht opportun erschien.

Ergebnis

Nach einer letzten dreitägigen Verhandlungsrunde einigten sich die Tarifparteien des Bundes, der Kommunen und ver.di am 9.2. auf die Neugestaltung des Tarifrechts für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst West und Ost. Die neuen Tarifverträge treten zum 1.10. in Kraft, die Einkommenstarifverträge haben eine Laufzeit bis zum 31.12.2007. Folgende Regelungen wurden u.a. vereinbart:

Einheitliches Entgeltsystem

- Einführung einer neuen, einheitlichen Entgelttabelle mit 15 Entgeltgruppen für ArbeiterInnen und Angestellte sowie Beschäftigte in der Krankenpflege.
- Differenzierung der Entgeltgruppen nach Tätigkeitsjahren mit in der Regel 6 Stufen (Stufe 2 - 6 nach 1, 3, 6, 10 und 15 Jahren).
- Einführung einer neuen untersten Entgeltgruppe, die mit 1.286 € West deutlich unterhalb des bisherigen untersten Vergütungsniveaus liegt und vor allem weiteres Outsourcing verhindern soll.
- Wegfall u.a. der allgemeinen Zulage und der Ortszuschläge.
- Besitzstandssicherung des erreichten Einkommens.
- Teilweiser Ausgleich künftiger Einkommensverluste durch einen sog. Strukturausgleich.

Entgelterhöhung

- Alle ArbeitnehmerInnen des *Bundes West und Ost* sowie der *Kommunen West* erhalten für die Jahre 2005, 2006 und 2007 Pauschalzahlungen von jeweils 300 € (Auszubildende jeweils 100 €).
- Für die Beschäftigten in den *Gemeinden Ost* wird das Tarifniveau von 92,5 % zum 1. Juli 2005/2006/2007 jeweils um 1,5 % angeglichen.
- Laufzeit des Entgeltabschlusses bis 31.12.2007.

Leistungsorientierte Bezahlung

- Ab dem Jahr 2007 wird eine variable leistungsorientierte Bezahlung im Volumen von 1,0 % eingeführt (Zielgröße: 8,0 % der Entgeltsumme des jeweiligen Arbeitgebers).
- Finanzierung erfolgt aus Mitteln der abgesenkten Sonderzahlung.

Sonderzahlung

- Die Auszahlung der Sonderzahlung erfolgt in 2005 und 2006 auf der Grundlage des bisherigen Urlaubs- und Weihnachtsgeldes.
- Ab 2007 wird die Sonderzahlung zusammengefasst und einmal jährlich dynamisiert ausgezahlt. Sie beträgt 90/80/60 % eines Monatseinkommens für die Entgeltgruppen 1-8/9-12/13-15.
- Im Osten beträgt die Sonderzahlung 75 % des Westniveaus.

Arbeitszeitdauer

- Die Arbeitszeit für die Beschäftigten des *Bundes* wird im *Westen* von 38,5 auf 39 Stunden/Woche erhöht, im *Osten* wird sie von 40 auf 39 Stunden/Woche abgesenkt, die Entgelthöhe ändert sich dadurch nicht.
- In den *Kommunen* wird die bisherige Arbeitszeit von 38,5/40 Stunden/Woche (West/Ost) beibehalten.
- Einführung einer Öffnungsklausel: Arbeitszeitverlängerung bis zu 40 Stunden pro Woche auf *kommunaler Ebene* im Westen ist möglich. Voraussetzung ist eine Vereinbarung auf landesbezirklicher Ebene.

Arbeitszeitgestaltung

- Ausgleichszeitraum für die durchschnittliche regelmäßige Arbeitszeit beträgt 1 Jahr.
- Arbeitszeitkorridor von bis zu 45 Std. möglich ohne Überstundenzuschläge bei Mehrarbeit.
- Tägliche Rahmenzeit von 12 Std. in der Spanne von 6 bis 20 Uhr möglich.
- Arbeitszeitkontenregelung durch Betriebs- und Dienstvereinbarung möglich.

Unkündbarkeit

- Die im *Westen* geltenden Bestimmungen zur Unkündbarkeit (Arb.: 15 Jahre Beschäftigungszeit, Ang.: 40 Jahre und 15 Jahre Beschäftigungszeit) bleiben erhalten.

Meistbegünstigungsklausel

- Wenn ver.di für ein oder mehrere Bundesländer einen Tarifvertrag abschließt, der in den Bereichen Arbeitszeit und Sonderzahlung (Zuwendung, Urlaubsgeld u.ä.) abweichende Inhalte hat oder beim Entgelt für die Arbeitgeber günstigere Regelungen enthält, dann gilt dies zugleich als nicht widerrufbares Angebot an Bund und Kommunen.

Zahlreiche Einzelregelungen mussten und müssen noch im Rahmen von Redaktionsverhandlungen vereinbart werden. Die ver.di-Bundestarifkommission stimmte dem Verhandlungsergebnis mit 80 Ja-, 32 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen zu. Die neuen Tarifverträge treten zum 1.10. in Kraft.

Bewertung

In der (ver-)öffentlich(t)en Meinung gab es durchweg gute Noten für den Abschluss: „Geglückte Modernisierung“ (Süddeutsche Zeitung), „Radikalreform“ (Handelsblatt),

„historische Reform“ (Neue Ruhr/Neue Rhein-Zeitung) - so und ähnlich lauteten die Kommentare in der Presse und dahinter schwang zum Teil Erstaunen darüber mit, dass die Tarifparteien, trotz über weite Strecken grundlegender Meinungsverschiedenheiten, letzten Endes doch einen umfassenden Abschluss erreicht hatten. Gelobt wurden der „neue Stil“ und der Verzicht auf „öffentliches Getöse“.

Die Tarifparteien hoben in ihren Bewertungen übereinstimmend den Tatbestand als positiv hervor, dass es überhaupt gelungen sei, die gesamte Tarifstruktur grundlegend zu überarbeiten, setzten dann allerdings unterschiedliche Akzente. Aus Sicht der Arbeitgeber war vor allem die Abkehr vom Senioritätsprinzip und von den familienstands- und kinderzahlbezogenen Vergütungskomponenten hin zu einer leistungsbezogenen Vergütung von großer Bedeutung. Dass die leistungsbezogenen Komponenten nicht „on top“ gezahlt werden, sondern kostenneutral durch Umwidmung eines Teils der Sonderzahlung finanziert wird, fand ebenfalls ihre ausdrückliche Würdigung. Des Weiteren begrüßten die Arbeitgeber die Einrichtung der neuen Niedriglohngruppe und die aus ihrer Sicht „moderate“ Arbeitsverlängerung und die Möglichkeit der regionalen Öffnung. Insgesamt konnten der Gewerkschaftsseite aus ihrer Sicht „Zugeständnisse abgerungen werden, die zuvor kaum vorstellbar erschienen“ (Böhle 2005; vgl. auch die Presseerklärung von Otto Schily vom 9.2.2005).

Nach Auffassung des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske ist das Tarifrecht des öffentlichen Dienstes mit den neuen Verträgen „zukunftsfest“ gemacht worden. Ver.di stellte in ihrer Bewertung darauf ab, dass durch die neue Tarifstruktur keine/r der Beschäftigten etwas verliert, aber viele, vor allem jüngere Beschäftigte, materiell dazu gewinnen werden. Die neuen Vergütungsstrukturen und -formen schafften Transparenz und eröffneten Chancen. Positiv wertete ver.di auch die Arbeitszeitverkürzung für die Bundesbeschäftigten im Osten und die Beibehaltung der tariflichen Regelarbeitszeit von 38,5 Std. für die Kommunalbeschäftigten im Westen. Durch die neuen Arbeitszeit(konto)regelungen verbessern sich die Möglichkeiten, souveräner über die Arbeitszeit zu bestimmen. Bemerkenswert ist aus Gewerkschaftssicht auch die Erhaltung der Unkündbarkeitsbestimmungen im Westen.

Wie bereits in dem Abstimmungsergebnis der Bundestarifkommission deutlich wurde, gab es innerhalb von ver.di auch durchaus kritische Stimmen zu dem Abschluss, die verschiedene Probleme thematisierten (Sauerborn 2005; Wendl 2005): So wurde moniert, dass der Abschluss langfristig eine Absenkungswirkung gegenüber dem bisherigen Tarifniveau mit sich bringe und die Regelungen zur Bestandssicherung keinen kompletten Schutz böten. Kritisiert wurde auch die neu eingeführte Niedriglohngruppe, die ein Einfallstor in eine Lohndumpingspirale darstelle. Ebenso fand die Öffnungsklausel zur Arbeitszeit für den kommunalen Bereich nicht nur Zustimmung. Schließlich wurde auch die Einführung von Leistungslohnkomponenten als weitreichender „Paradigmenwechsel“ problematisiert. Insgesamt wurde kritisiert, dass ver.di von Anfang an auf ein mobilisierendes tarifpolitisches Konzept zugunsten eines moderierten Konzepts verzichtet habe. Allerdings wurde den linken Kritikern aus den eigenen Reihen entgegengehalten,

dass es teilweise an einer selbstkritischen Einschätzung der Kampf- und Durchsetzungsfähigkeit von ver.di gefehlt habe und eine abstrakte Einforderung des Erhalts der Tarifstandards allein nicht ausreichend sei.

Verhandlungen mit den Ländern

Nach dem Abschluss mit Bund und Gemeinden forderte ver.di die Länder auf, das erzielte Ergebnis zu übernehmen. Für die Tarifgemeinschaft deutscher Länder erklärte der niedersächsische Finanzminister Möllring (CDU), der Abschluss könne kein Muster sein, weil wichtige Fragen wie die Arbeitszeitverlängerung nicht ausreichend und die Ermöglichung von eigenständigen Regelungen in den Ländern beim Weihnachts- oder Urlaubsgeld überhaupt nicht gelöst worden seien. Überdies wären das Reformpaket und der Abschluss von Potsdam insgesamt von den Ländern nicht finanzierbar. Erst am 14.4. begannen Gewerkschaften und TdL mit Verhandlungen, die dann auf den 24.4. vertagt wurden. Bundesweit gab es zahlreiche Protestaktionen und Warnstreiks, an denen sich zehntausende Beschäftigte beteiligten. Die Verhandlungsführung der Länder beharrte auf einer längeren Arbeitszeit für alle auf bis zu 42 Stunden für die seit Mai 2004 neu eingestellten Beschäftigten sowie eine Öffnungsklausel, um die Arbeitszeit für alle regional auf bis zu 42 Stunden verlängern zu können. Der ver.di-Vorschlag, die längeren Arbeitszeiten in Stufen bis Ende 2007 auf das tarifliche Niveau von 38,5 Stunden zurückzuführen, stieß auf rigorose Ablehnung. Weitere Kompromissvorschläge der Gewerkschaft bei den Einmalzahlungen, im Hochschul- und Lehrerbereich führten nicht zum gewünschten Erfolg. Am 25.4. erklärte die Bundestarifkommission die Verhandlungen für gescheitert. Seitdem hat es wiederholt Protestaktionen und Warnstreiks von ver.di auf Länderebene gegeben.

3.2 Stahlindustrie

Die Tarifrunde in der Stahlindustrie fällt unterschiedlich von den anderen Runden: Die ökonomische Situation und die weiteren Aussichten der Branche sind glänzend, die Gewerkschaften sahen sich demzufolge in einer guten Verhandlungsposition und die Beschäftigten waren angesichts eher zurückhaltender Abschlüsse in der Vergangenheit sehr wohl bereit, aktiv für die gewerkschaftlichen Forderungen einzutreten. Der Tarifabschluss des Jahres 2003 hatte eine Tarifierhöhung von 1,7 % ab Januar 2004 und weitere 1,1 % ab November desselben Jahres bis Ende März 2005 vorgesehen.

Die IG Metall stellte für die Stahlindustrie die mit Abstand höchste Forderung der Tarifrunde auf: Sie verlangte eine Anhebung der Tariflöhne und -gehälter um 6,5 % bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Außerdem sollte eine „ergebnisorientierte Beratung“ von Konzepten zur Beschäftigungssicherung und Innovationsentwicklung erfolgen. Die Stahlarbeitgeber reagierten erwartungsgemäß heftig: Die Forderung lasse „jedes vernünftige Augenmaß vermissen“. Die sehr zyklisch verlaufende Branchenkonjunktur erlaube es nicht, die momentan günstige Situation zur Grundlage eines Abschlusses zu machen. Die Beschäftigten seien in vielen Unternehmen durch betriebliche Sondervergütungen bereits am Erfolg beteiligt worden.

In der 1. Verhandlungsrunde am 17.3. tauschten die Tarifparteien vor allem die gesamt- und stahlwirtschaftlichen Einschätzungen aus. In der 2. Runde am 7.4. konzentrierte sich die Diskussion auf die wirtschaftliche Situation in den einzelnen Stahlunternehmen. Ein **Angebot** legten die Arbeitgeber noch nicht vor. Dies erfolgte erst in der 3. Verhandlungsrunde am 14.4. Die Arbeitgeber boten an:

- Einmalzahlung von 500 € in zwei Teilbeträgen: 300 € im Mai 2005 und 200 € im Februar 2006,
- Anhebung der Löhne und Gehälter um 1,9 % ab April 2005 mit einer Laufzeit von 19 Monaten bis Oktober 2006.

Die IG Metall lehnte das Angebot als „völlig inakzeptabel“ ab. Es habe mit der Branchensituation nichts zu tun und sei im Wesentlichen politisch motiviert. Vor der nächsten Runde rief die IG Metall zu Warnstreiks auf. Am 19. und 20.4. beteiligten sich rund 19.000 Beschäftigte an Protestaktionen, am 29.4. noch einmal rund 20.000. Unter dem Eindruck dieser Kampfmaßnahmen besserten die Arbeitgeber in der Runde am 3.5. nach: Sie boten eine Erhöhung um 2,4 % und stockten die Einmalzahlung auf 800 € auf. Die IG Metall lehnte das Angebot mit Verweis auf die „boomhafte Situation“ in der Stahlindustrie ab. Insbesondere kritisierten sie die angestrebte „Wende“ in der Tarifpolitik der Arbeitgeber, die den Beschäftigten keine *dauerhafte* Beteiligung an den erreichten Produktivitäts- und Gewinnsteigerungen mehr einräumen wollte. Um den Druck auf die Arbeitgeber zu erhöhen, erklärte die IG Metall das Scheitern der Verhandlungen und setzte die Durchführung einer Urabstimmung vom 13. bis 19.5. an.

Noch vor Beginn der Urabstimmung kam es am 10. und 11.5. noch einmal zu Tarifverhandlungen, in deren Verlauf die Arbeitgeber ihr Angebot noch zweimal nachbesserten. Schließlich wurde folgendes **Ergebnis** vereinbart:

- Für die Monate April bis August 2005 wird eine Pauschale von insgesamt 500 € gezahlt.
- Die tariflichen Löhne und Gehälter werden ab September 2005 für 12 Monate um 3,5 % erhöht.
- Entsprechend einer Vereinbarung aus 2003 erhalten Auszubildende lediglich einen Betrag von insgesamt 100 € bei gleich bleibenden Ausbildungsvergütungen, da sich die Arbeitgeber verpflichtet hatten, zusätzliche Ausbildungsplätze einzurichten.

Außerdem wurde vereinbart, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die sich mit Fragen der Innovationsentwicklung und der Beschäftigungssicherung befassen soll. Die Tarifkommission (70 Stimmberechtigte) nahm das Ergebnis mit großer Mehrheit (9 Gegenstimmen) an. IG Metall-Bezirksleiter Detlef Wetzel zeigte sich „sehr zufrieden“. Es gebe keine Branche, „die auch nur annähernd ein so gutes Ergebnis erzielt“ habe. Der Versuch, die Tarifanhebung auf einen Ausgleich der Preissteigerungsrate zu begrenzen sei abgewehrt worden. IG Metall-Vorsitzender Peters kommentierte das Ergebnis mit den Worten: „Die Jahre des Verzichts sind vorbei.“ Der zweite Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, bezeichnete die Einigung als „Erfolg gegenüber dem Shareholder-Kapitalismus“.

Angesichts dieser Zufriedenheit kann die Enttäuschung auf Arbeitgeberseite nicht verwundern. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes Stahl, Helmut F. Koch, nannte den Abschluss ausdrücklich „kein(en) Kompromiss, wie er üblicherweise am Ende einer Tarifauseinandersetzung stehen sollte“. Weder die Struktur noch die Höhe des Abschlusses seien „ökonomisch ratsam“. Positiv sei lediglich die relativ lange Laufzeit. Zugestimmt habe man vor allem wegen der Eskalation des Tarifkonflikts durch die IG Metall. Gesamtmetallpräsident Kannegießer sprach von einem „überhöhten“ und BDA-Präsident Dieter Hundt von einem „erpressten Abschluss“.

In den Medien wurde der Abschluss überwiegend als „stahltypisch“ (Westfälische Rundschau) und als „taktischer Sieg“ (Rheinische Post) charakterisiert. Die FAZ beklagte den „teuren Frieden“ und das Handelsblatt sah in dem Abschluss eine „gefährliche Versuchung“ für die Tarifrunde 2006 in der Metall- und Elektroindustrie.

Ostdeutschland und Saarland

Für die ostdeutsche Stahlindustrie hatte die IG Metall dieselben Forderungen gestellt. Die Tarifkommission stellte am 9.5. zwar das Scheitern der Tarifverhandlungen fest, aber nach der westdeutschen Tarifeinigung forderte die IG Metall die Übernahme des Ergebnisses. Die Tarifverhandlungen wurden am 19.5. in Berlin fortgesetzt und endeten mit einer Übernahme des West-Ergebnisses. Im Saarland liefen die Verträge zum Ende Juni aus. Die IG Metall forderte 6,5 % höhere Tarife und eine Verkürzung des Laufzeit-Abstandes zum Tarifgebiet Nordrhein-Westfalen, Bremen, Niedersachsen, der zurzeit drei Monate beträgt. Am 4.7. einigten sich die Tarifparteien wie folgt: Arbeiter und Angestellte erhalten für die Monate Juli 2005 bis Januar 2006 pauschal jeweils 100 Euro pro Monat. Ab dem 1.2.2006 steigen die Einkommen für alle Beschäftigten um 3,5 % mit einer Laufzeit bis zum 30.11.2005.

3.3 Chemische Industrie

In der chemischen Industrie liefen die regionalen Vergütungstarifverträge Ende Mai, Juni bzw. Juli aus. Sie hatten neben einer Einmalzahlung eine lineare Erhöhung der Tarifentgelte um 1,5 % bei einer Laufzeit von 13 Monaten beinhaltet. Der Hauptvorstand der IG BCE legte am 7.3.2005 eine Forderungsempfehlung für die Tarifrunde 2005 vor. Der Schwerpunkt lag auf einer Erhöhung der realen Einkommen. Es sollte ein Tarifabschluss angestrebt werden, der „die hohe Leistungsfähigkeit und Qualifikation der Beschäftigten sowie die Produktivitätsentwicklung berücksichtigt und neben dem Ausgleich der Preissteigerung eine reale Einkommenserhöhung sicherstellt“. Anders als im Vorjahr verzichtete die Gewerkschaft auf eine Quantifizierung der Entgeltforderung. Die Zahl der Ausbildungsplätze sollte im Rahmen des bestehenden Tarifvertrages zur Ausbildungsförderung nochmals gesteigert werden. Außerdem strebte die IG BCE eine Regelung zur verbindlichen Altersvorsorge an. Neu war zudem die Forderung nach einer Besserstellung von Gewerkschaftsmitgliedern. Damit nahm die IG BCE Bezug auf die Debatte um tarifliche Vorteilsregelungen, die im vergangenen Jahr entbrannt war

und in einigen Tarifbereichen (z.B. Metallindustrie NRW) zu konkreten Vereinbarungen geführt hatte (WSI-Tarifbericht 2004). Konkret stellte sich die Gewerkschaft die Einführung eines Anspruchs auf bezahlte Freistellung zu Gunsten einer Qualifizierungsmaßnahme vor. Dazu sollten die Tarifvertragsparteien eine gemeinsame Einrichtung im Sinne des § 4 Abs. 2 Tarifvertragsgesetz gründen. Anspruch auf Leistungen dieser Einrichtung sollten nur Gewerkschaftsmitglieder haben. Zur Finanzierung sollten die Unternehmen verpflichtet werden, 8 Promille der Bruttolohn- und -gehaltssumme als Beitrag zu zahlen.

Der Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) forderte im Gegenzug eine „tarifpolitische Stabilitätsrunde“. Tarifpolitische Vorsicht sei geboten, weil der Chemie-Aufschwung sich auf dünnem Eis bewege und die Konjunktur in mehrfacher Hinsicht nach Branchen und Betriebsgröße gespalten sei. Bei den Tarifforderungen der Gewerkschaft handele es sich um ein kompliziertes und kostenträchtiges Paket. Die Forderung nach Bonusregelungen für Gewerkschaftsmitglieder lehnte der Verband strikt ab.

Die erste Verhandlungsrunde fand beginnend am 23.5. auf regionaler Ebene statt. Die Tarifparteien hatten aber bereits zu Beginn vereinbart, anschließend auf Bundesebene weiter zu verhandeln. Die erste zentral geführte Runde fand am 7.6. in Hannover statt. Strittig war insbesondere die Bewertung der wirtschaftlichen Situation. Aus Sicht der IG BCE rechtfertigte der stabile Aufschwung in der 2. Jahreshälfte eine kräftige Realloohnerhöhung, der BAVC wies darauf hin, dass die guten Ergebnisberichte der großen Chemie-Unternehmen nicht repräsentativ für die gesamte Branche seien. In den regionalen Verhandlungen hatten sie den Verteilungsspielraum mit 0,7 bis 1 % beziffert. IG BCE-Vorstand Werner Bischoff resümierte, dass man „in Kernfragen noch meilenweit auseinander“ sei, allerdings in Teilbereichen Annäherungen zu verzeichnen seien. Die zweite Runde, die am 16.6. in Lahnstein stattfand, führte bereits nach wenigen Verhandlungsstunden zum Ergebnis.

Das **Ergebnis** beinhaltet folgende Komponenten:

- Erhöhung der Tarifentgelte und Ausbildungsvergütungen um 2,7 % regional unterschiedlich ab 1.6./1.7./1.8.2005 für eine Laufzeit von 19 Monaten bis 31.12.2006 bzw. 31.1. und 28.2.2007.
- Zusätzliche Einmalzahlung in Höhe von 1,2 % pro Monat der Laufzeit. Eine Öffnungsklausel sieht vor, dass Unternehmen in einer wirtschaftlich schwierigen Lage den Betrag senken, wegfallen lassen oder den Auszahlungszeitpunkt neu festlegen können. Voraussetzung ist das Einverständnis der Betriebsräte, nicht jedoch der Gewerkschaft.
- Die Inanspruchnahme der vermögenswirksamen Leistungen erfolgt ab 1.1.2006 verbindlich für die Altersvorsorge: Aufstockung des Betrages von 478,57 € um einen Arbeitgeberbeitrag von 134,98 € Für jede weiteren umgewandelten 100 € erfolgt ein Arbeitgeberzuschuss von 13 € (Chemietarifförderung).
- Tarifvertrag „Zukunft durch Ausbildung“: Erhöhung der Ausbildungsplatzzahlen um 1,6/1,7 % in den Ausbildungsjahren 2006/2007. Dadurch soll es im Jahr 2007

rund 7 % mehr Ausbildungsplätze geben. Bei einer Steigerung um weniger als 1,1/1,2 % werden unverzüglich Verhandlungen aufgenommen.

- Unterstützungsverein Chemische Industrie (UCI): Umstellung der Unterstützungsleistung auf monatlichen Festbetrag.
- Redaktionelle Überarbeitung des Manteltarifvertrages; Beibehaltung und Festschreibung der Arbeitszeit bis Ende 2007.
- Wiederinkraftsetzung der Regelungen über die abgesenkten Einstiegstarife.

Keine Regelungen wurden zu der von der IG BCE geforderten Besserstellung von Gewerkschaftsmitgliedern getroffen. Allerdings ist es der Gewerkschaft nach eigener Auffassung gelungen, das Thema „tariffähig“ zu machen. Im Ergebnisprotokoll zum Gesamtpaket heißt es: „BAVC und IG BCE werden außerhalb der Tarifgespräche die Grundsatzdiskussion über Wert und Inhalte der Sozialpartnerschaft und die Rolle der Gewerkschaft in Unternehmen und Gesellschaft unter Berücksichtigung der Förderung beiderseitiger Verbandsinteressen an mitgliederstarken Organisationen fortführen.“

Am 1.7. wurde der Abschluss in seinen Kernpunkten auch für die **ostdeutsche Chemie-industrie** übernommen. Außerdem wurden weitere Anpassungsstufen des Ost-Entgelts an das Westniveau vereinbart. Bereits im Jahr 2002 war grundsätzlich eine Niveauanpassung auf 100 % bis zum Jahr 2009 vereinbart worden, die einzelnen Stufen werden jeweils in den laufenden Entgeltrunden konkret festgelegt. Zum 1.10.2005 steigen die Tarifentgelte um 2,5 % (Stufenanhebung aus Abschluss 2004), zum 1.10.2006 um 1,5 % und zum 1.10.2007 noch einmal um 1,6 %. Die Tarifparteien einigten sich ferner auf die Vereinheitlichung der tariflichen Altersvorsorge zum 1.1.2007 für die chemische Industrie in ganz Deutschland. Die Erklärungsfrist für den Ost-Abschluss läuft bis zum 20.7.

IG BCE-Tarifvorstand Werner Bischoff nannte das Ergebnis insgesamt „für uns positiv und zukunftsweisend“ und hob insbesondere die reale Einkommenssteigerung hervor. Das Ergebnis „entspricht der Lage in der chemischen Industrie“. Die Chemie-Arbeitgeber betonten, dass die Einmalzahlung nicht in die Tarifbasis eingehe und „vollständig flexibilisiert“ sei. Ihr Verhandlungsführer, Hans-Carsten Hansen, bezifferte die „Dauerbelastung“, die aus dem Abschluss resultiert, auf „lediglich 2 %“. Auf Seiten der IG BCE war demgegenüber von 2,8 % die Rede.

Gemessen an den anderen Abschlüssen der Tarifrunde 2005 liegt das Tarifergebnis für die chemische Industrie zweifellos am oberen Rand. Allerdings sind nur rund zwei Drittel des Ergebnisses tabellenwirksam und damit dauerhaft gesichert, ein Drittel in Form der Einmalzahlung hat zeitlich befristete Wirkung und kann zudem aufgrund der Öffnungsklausel auf betrieblicher Ebene noch reduziert werden. Diese Struktur lag auch bereits dem Abschluss des Vorjahres zugrunde.

3.4 Druck- und Papierindustrie

In beiden Branchen waren zweijährige Abschlüsse aus dem Jahr 2003 Ende März 2005 ausgelaufen. Sie hatten in der Druckindustrie eine zweistufige Tarifierhöhung von 1,5 % (2003) und 1,7 % (2004) gebracht. In der Papierverarbeitung waren die Tarife um 2,0 % (2003) und 2,3 % (2004) erhöht worden. Am 16.2.2005 beschlossen die zentralen Tarifkommissionen der Druckindustrie und der Papierverarbeitung als tarifpolitische Forderung eine Anhebung der Löhne und Gehälter um 3,7 % ab 1.4.2005 mit einer Laufzeit von 12 Monaten. Zur Begründung verwiesen sie auf die „deutlich verbesserte wirtschaftliche Lage“ in der Druckindustrie und auf die „anhaltend stabile Situation“ in der Papierverarbeitung. Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) sah sich in einer extrem schwierigen Ausgangsposition, weil die Arbeitgeberverbände beider Branchen bereits 2004 die Manteltarifverträge gekündigt und massive Einschnitte in tarifliche Regelungen und Leistungen gefordert hatten.

Druckindustrie

In der Druckindustrie hatten die Tarifparteien den Manteltarifvertrag neu verhandelt, ohne jedoch zu einer Einigung gekommen zu sein. Die Arbeitgeber forderten u.a.:

- Einbeziehung des Samstags in die Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit
- Wegfall von Freischichten, Altersfreizeit und des Zusatzurlaubs im Tiefdruck.
- Möglichkeit zur Arbeitszeitverlängerung um bis zu 5 Stunden ohne Lohnausgleich zur Beschäftigungssicherung.
- Mehrjährige Ausgleichszeiträume für die regelmäßige Arbeitszeit.
- Streichung von Sonderentschädigungen für „ungünstigen Arbeitsbeginn“ und „verkürzte Ruhezeiten“.
- Einfrieren und Wegfall der „Antrittsgebühr“ für ungünstige Arbeitszeiten.
- Reduzierung zahlreicher Zuschläge für Neueingestellte.
- Öffnungsklauseln: Möglichkeit zum vollständigen oder teilweisen Wegfall der Jahresleistung bzw. eine Verschiebung der Fälligkeit durch freiwillige Betriebsvereinbarung.

Ver.di kritisierte die Forderungen als Lohnsenkungs- und Arbeitsplatzvernichtungsprogramm und setzte bereits im Frühjahr 2004 folgende Eckpunkte dagegen:

- Abgeltung von Überstunden und Zuschlägen ganz oder teilweise in Freizeit.
- Einbau des (modifizierten) Beschäftigungssicherungstarifvertrages in den Manteltarifvertrag.
- Weitere Regelungen zur Beschäftigungssicherung und Qualifizierung (bezahlte Qualifizierungsfreistellung).
- Tarifliche Rahmenbedingungen für betriebliche Gleitzeitvereinbarungen und Arbeitszeitkonten.

Verhandlungen

In den ersten sechs Runden bewegte sich am Verhandlungstisch so gut wie nichts. Die Positionen der Tarifparteien waren diametral entgegengesetzt. Die Situation verschärfte sich dadurch, dass die Druckarbeitgeber zur Jahresmitte den Manteltarifvertrag zu Ende März 2005 kündigten. Zeitgleich kündigten die Arbeitgeber in einigen Konzernbetrieben der Druckindustrie die Betriebsvereinbarungen zur Arbeitszeit, um bereits vor einer tariflichen Einigung verschlechterte Bedingungen durchzusetzen.

Es schlossen sich weitere Verhandlungsrunden an, die die Blockade nicht auflösen konnten. Der Bundesverband Druck und Medien (bvdm) rechnete bereits im September 2004 damit, dass die Auseinandersetzung ohne Streik nicht zu lösen sein werde. Im Januar 2005 präsentierte der Verband weitere Forderungen zur Verschlechterung bei der Maschinenbesetzung und Bezahlung im Tiefdruck und im Zeitungsdruck. Ver.di bot den Arbeitgebern an, unter Berücksichtigung des gesamten Produktionsprozesses Neuregelungen bei der Maschinenbesetzung zu verhandeln.

Am 16.3. fand die erste Lohnverhandlung statt. Die Arbeitgeber bezeichneten die gewerkschaftliche Forderung als „völlig realitätsfremd“. Ver.di wies darauf hin, dass die Umsatzsteigerung von 3,1 % und der Zuwachs der Produktivität von über 6 % im Jahr 2004 eine deutliche Aufwärtsentwicklung zeigten. Nach Ende der Friedenspflicht Ende April kam es Anfang Mai zu ersten bundesweiten Warnstreiks. Bis Mitte Juni beteiligten sich zehntausende Beschäftigte aus 190 Betrieben an den zum Teil ganz- und mehrtägigen Kampfmaßnahmen. Die Tarifparteien vereinbarten einen letzten Verhandlungsversuch für den 14.6. Nach einem 22-stündigen Verhandlungsmarathon, das vorübergehend vor dem endgültigen Scheitern stand, gelang dann am 15.6. die Einigung mit folgenden Eckpunkten:

Ergebnis

Arbeitszeit

- Beibehaltung der 35-Stunden-Woche und der Verteilung auf Montag bis Freitag.
- Regelmäßige Samstagsarbeit möglich, wenn es um „termingerechte“ Produkte geht.
- Flexible Arbeitszeitkonten: bis zu 220 Plus-Stunden und bis zu 70 Minus-Stunden.
- Freischichten-Regelung für Schichtarbeiter: ab 40 Jahre 1 Tag, ab 50 Jahre 2 Tage, ab 55 Jahre 3 Tage im Jahr.
- Wegfall der 2 Altersfreizeittage für Beschäftigte unter 58 Jahre.
- Tiefdruckzusatzurlaub entfällt in 3 Schritten bis 2009.

Beschäftigungssicherung

- Der Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung wird Bestandteil des Manteltarifvertrages.
- Bei Absenkung/Streichung von Urlaubsgeld bzw. Jahresleistung Ausschluss betriebsbedingter Kündigung im Folgejahr bei Verfahrensbeteiligung und Zustimmung der Tarifparteien.
- Übernahme von Auszubildenden für 12 Monate.

Zuschläge:

- Kürzung der Überstundenzuschläge um 5 Prozentpunkte.
- Gestaffelte Reduzierung der Samstagszuschläge (Früh: von 30 auf 25 %, Spät: von 65 auf 45 %, Nacht: von 85 auf 70 %).
- Einfrieren der Antrittsgebühr.
- Wegfall des Zuschlags für ungünstig liegenden Arbeitsbeginn sowie für Unterschreitung der Ruhezeiten.
- Regelungen für Sonntags-, Nacht- und Feiertagsarbeit unverändert.

Besetzungsregeln

- Reduzierungen im Bereich von Offsetrotationen und Tiefdruck; Erhalt von Kündigungsschutz und Besitzstand
- Wiederinkraftsetzen der Maschinenbesetzungen

Lohn und Gehalt

- Einmalzahlung von 340 € für den Zeitraum von April 2005 bis März 2006 (Auszubildende: 75 €); Auszahlung im September,
- Erhöhung der Tarifvergütung um 1 % ab 1.4.2006; Laufzeit bis 31.3.2007.

Bewertung

Die Bewertung dieses Abschlusses durch die Tarifparteien fiel sehr gegensätzlich aus: Ver.di stellte ins Zentrum seiner Einschätzung den Erhalt der 35-Stunden-Woche als tariflicher Regularbeitszeit sowie den Umstand, dass es auch künftig keine (rein) betrieblichen Öffnungsklauseln gibt, die ein Abweichen von den Tarifstandards ohne Zustimmung der Tarifparteien zulassen. Damit konnten zwei aus Arbeitgebersicht zentrale Forderungen abgewehrt werden. Positiv bewertete die Gewerkschaft auch, dass die Regelungen zur Beschäftigungssicherung und zur Übernahme der Auszubildenden tariflich verankert wurden. Insgesamt konnte der Manteltarifvertrag bis Ende 2009 wieder in Kraft gesetzt werden.

Aus Sicht des Bundesverbandes Druck und Medien schlugen vor allem die Arbeitszeitkonten und die Erweiterung der Samstagsarbeit positiv zu Buche. Auch die neuen Zuschlags- und Freischichtenregelungen führten zu einer „gewissen“ Erleichterung für die Betriebe, „wenn auch nicht in dem Maße, wie es sich die Arbeitgeber zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Branche gewünscht hätten“. Letztlich habe der Verband Zugeständnisse machen müssen, um einen „erträglichen und der wirtschaftlichen Situation angemessenen Lohnabschluss zu bekommen“.

Papier verarbeitende Industrie

In der Papier verarbeitenden Industrie kündigten die Arbeitgeber im September vergangenen Jahres den Manteltarifvertrag zum Jahresende 2004. Bereits im Juni 2004 hatten sie einen detaillierten Katalog zur Verschlechterung manteltariflicher Regelungen vorgelegt, der den Forderungen der Druckarbeitgeber sehr ähnlich war. Auch ihnen ging es

um einen Arbeitszeitkorridor zur Verlängerung der Arbeitszeit um bis zu 5 Stunden in der Woche (mit oder ohne Lohnausgleich) ohne Beteiligung der Tarifparteien, um die Einbeziehung des Samstags in die Regelarbeitszeit, Veränderung von Zuschlägen, Öffnungsklauseln ohne Zustimmung der Gewerkschaften. Die Übernahmeregelung von Ausgebildeten sollte gestrichen und die mögliche Dauer befristeter Beschäftigung tariflich von zwei auf vier Jahre ausgeweitet werden.

Am 11.11.2004 starteten die Verhandlungen zum Manteltarifvertrag. Weitere Termine folgten am 6.12.2004 und 20.1.2005. Ver.di wandte sich strikt gegen die Arbeitgeberforderungen und verlangte von den Arbeitgebern, konkrete Beispiele dafür zu bringen, warum der Tarifvertrag in seiner jetzigen Form die Unternehmen zu sehr einenge. Statt über die Verschlechterung des Manteltarifvertrages zu reden, sollte über die qualitative Weiterentwicklung des Tarifvertrages zur Beschäftigungssicherung, die Wandlung von Überstunden und Zuschlägen in Zeit sowie über die tarifliche Regelung von Arbeitszeitkonten verhandelt werden. In der vierten Verhandlungsrunde am 14.2. brachen die Arbeitgeber der Papierverarbeitung die Verhandlungen ohne weiteren Termin ab. Sie kündigten an, nun den „Marsch durch die Betriebe“ machen und ihre Forderungen von Betrieb zu Betrieb durchsetzen zu wollen.

Anfang März rief ver.di deshalb erstmals zu Warnstreiks auf, an denen sich über 10.000 Beschäftigte beteiligten. Ende März folgte eine weitere mehrtägige Warnstreikwelle. Die erste Verhandlungsrunde zu Lohn und Gehalt fand am 5.4.2005 statt. Es wurden drei weitere Termine 6.4., 26.4. und 18.5. vereinbart. Parallel dazu fanden die Manteltarifverhandlungen statt. Doch waren dort keinerlei Fortschritte zu erzielen. Weitere Warnstreikaktionen folgten. Anfang Juni kündigte ver.di deshalb eine **Urabstimmung** an, die vom 20. bis 24. Juni durchgeführt wurde. Darin sprachen sich 89,3 % der Mitglieder für Streik aus. Für den 28.5. wurde in Berlin ein neuer Verhandlungstermin angesetzt, der nach ver.di-Auffassung eine letzte Chance zur Einigung darstellte. Sie konnte allerdings nicht genutzt werden. Die Arbeitgeber beharrten darauf, Möglichkeiten zur Arbeitszeitverlängerung bis hin zu einer wöchentlichen Arbeitszeit von 40 Stunden – ohne verbindliche Beschäftigungssicherung – zum Gegenstand *rein betrieblicher* Vereinbarungen zu machen. Ver.di hatte u.a. folgende Angebote gemacht: Bezahlte und befristete Verlängerung der Wochenarbeitszeit um zwei Stunden aus dringenden wirtschaftlichen Gründen bei Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen; unbezahlte Verlängerung der Wochenarbeitszeit um zwei Stunden aus zwingenden wirtschaftlichen Gründen, unter *Verhandlungsbeteiligung* und mit *Zustimmung* von ver.di und mit Beschäftigungssicherung; Verlängerung des Ausgleichszeitraums bei ungleichmäßiger Verteilung der Arbeitszeit von 52 auf 78 Wochen; Möglichkeit der teilweisen oder vollständigen Streichung der Jahressonderzahlung unter Verhandlungsbeteiligung und mit Zustimmung der Tarifparteien bei beschäftigungsgefährdender wirtschaftlicher Notlage auf betrieblicher Ebene.

Nach Auffassung von ver.di hat der Arbeitgeberverband „gezielt darauf hingearbeitet, einen fairen Tarifkompromiss zu verhindern“. Die Gewerkschaft kündigte an, nun die

einzelnen Unternehmen und Konzerne der Branche zu Tarifverhandlungen auffordern. Im besten Fall wird das nach Auffassung des stellvertretenden ver.di-Vorsitzenden Frank Werneke dazu führen, dass der Arbeitgeberverband zur Besinnung kommt und auf einen verantwortungsbewussten Kurs der Tarifpolitik einschwenkt. Andernfalls werde die Papierverarbeitung zukünftig durch Konzern- und Haustarife geprägt sein, vielleicht ergänzt durch Tarifverträge mit Verbänden von Unternehmen, die sich in einer Region oder einer Teilbranche zusammenfinden.

Nach dem Scheitern der Manteltarifverhandlungen machten die Arbeitgeber noch ein Lohnangebot, das 240 € für 2005 und 1,0 % Tarifierhebung für 2006 vorsah. Darüber soll am 15.7.05 weiterverhandelt werden.

3.5 Bauhauptgewerbe

Im Bauhauptgewerbe einigten sich die Tarifparteien am 21.6. auf einen Tarifabschluss. Damit ging ein 15-monatiger Verhandlungsprozess zu Ende, denn die Lohn- und Gehaltstarifverträge waren bereits Ende März 2004 ausgelaufen. Der letzte zweijährige Abschluss, der im Frühjahr 2002 nach einem harten Arbeitskampf durchgesetzt worden war, hatte Einkommenssteigerungen um 3,2 % ab September 2002 und 2,4 % ab April 2003 gebracht.

Angesichts der anhaltenden Strukturkrise der Branche - seit Mitte der neunziger Jahre hatte das Bauhauptgewerbe die Hälfte der gewerblichen Arbeitsplätze verloren - hatte die Tarifkommission auf eine Kündigung der Tarifverträge verzichtet. Statt vorrangig über Lohnerhöhungen zu verhandeln, sollten Gespräche über Beschäftigungssicherung geführt werden. Außerdem sollten Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung, von Lohndumping und ruinösem Wettbewerb durchgesetzt werden. Die Arbeitgeber begrüßten den Beschluss der IG BAU und erklärten sich zu Gesprächen bereit. Am 8.3.2004 fand ein erstes Spitzengespräch statt. Beim zweiten Verhandlungstermin am 27.4.2004 legte die Gewerkschaft folgende Eckpunkte zur Beschäftigungssicherung vor:

- Jahresarbeitszeitregelung mit zwingender Absicherung über die Sozialkassen des Baugewerbes und einen festen Monatslohn.
- Zahlung einer Prämie für Betriebe mit ganzjähriger Beschäftigung.
- Zahlung eines Beitrages der Arbeitgeber zur aktiven Bekämpfung der illegalen Beschäftigung.

Nach insgesamt drei Spitzengesprächen fand am 28.6.2004 die erste reguläre Verhandlungsrunde statt. Weitere Verhandlungen folgten am 16.7. und 14.9. Annäherungen gab es keine. Die Arbeitgeber beharrten u.a. auf einer Öffnungsklausel, die eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit von 39 auf 42 Stunden ermöglichen sollte. Nach einer längeren Pause vereinbarten die Tarifparteien Anfang November, die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Doch bereits nach zwei Terminen (17.11. und 14.12.) wurden sie wieder ausgesetzt, weil keine Einigung über die Gestaltung der Arbeitszeit möglich war. Darüber hinaus forderten die Arbeitgeber einen Malus bei Zeitüberschreitungen im

Leistungslohn und deutliche Kürzungen im Tarifvertrag. Ein erneuter Anlauf am 9.2. und 18.3.2005 endete wiederum ergebnislos. Die IG BAU hatte neben den Themen Arbeitszeit und Beschäftigungssicherung für 2005 auch eine Einkommenserhöhung von 50 € monatlich eingebracht, was rund 2 % auf den Facharbeiterlohn bedeutete. Ein Thema war auch die „Gewerbekonzurrenz“, das heißt konkret, Lohndruck durch unterschiedlich hohe Tarife in eng beieinander liegenden Branchen. Die Arbeitgeber förderten z.B. eine generelle Öffnungsklausel zur Anwendung von Malerlöhnen bei bestimmten Bauaufträgen. Nach langer Pause folgte am 20./21.6. eine letzte Verhandlungsrunde, die dann auch zu einem Ergebnis führte. Die wichtigsten Elemente dieser **Einigung** umfassten:

- Nach 17 (!) Nullmonaten für September 2005 bis März 2006 Einmalzahlungen von jeweils 30 € pro Monat.
- Ab 1.4.2006 Anhebung der Löhne und Gehälter in Westdeutschland um 1,0 % mit einer Laufzeit von 12 Monaten.
- Keine Anhebung der Ausbildungsvergütungen und der Löhne und Gehälter im Osten.
- Verlängerung der Arbeitszeit ab 2006 von 39 auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich; bei einer Sommerarbeitszeit (7 Monate) von 41 Stunden und einer Winterarbeitszeit (5 Monate) von 38 Stunden
- Senkung der verschiedenen Mindestlöhne in West und Ost ab 1.9.2005 zwischen 1,4 und 2,1 %. In den Jahren 2006 und 2007 erfolgt eine Anhebung um 0,10 € jeweils zum 1.9.
- Neue Leistungslohnregelung ohne die bisherige Tariflohngarantie, stattdessen Einführung einer Bonus- und Malusregelung.
- Wegfall der bauspezifischen Ausgleichsbeträge beim Urlaubsgeld.

Angesichts heftiger gewerkschaftsinterner Kritik vor allem in Ostdeutschland wurde der Abschluss noch einmal nachgebessert. Es wurde vereinbart, die 1 %ige Lohnerhöhung ab 1. April 2006 auch in den neuen Bundesländern zu zahlen. Dafür soll der Mindestlohn 2 für Fachwerker im Osten bis zum Ende der Laufzeit 2008 nicht erhöht werden, sondern bei 9,80 € bleiben.

Es wurde eine Erklärungsfrist bis zum 29.7.2005 vereinbart. Das Inkrafttreten wurde davon abhängig gemacht, dass alle die regionalen Arbeitgeberverbände zustimmen, die dem Zentralverband des Deutschen Baugewerbes das Verhandlungsmandat entzogen hatten. Auch muss zuvor die Rechtsverordnung über die gesenkten Mindestlöhne erlassen worden sein. Zum Redaktionsschluss dieses Berichtes war noch nicht absehbar, ob der Tarifabschluss tatsächlich in Kraft treten würde.

Die IG BAU bewertete den Abschluss als „zukunftsfähigen Kompromiss für Beschäftigungssicherung“. Ihr Vorsitzender Klaus Wiesehügel räumte „empfindliche Einschnitte im Lohnbereich“ ein, ohne die aber eine Einigung nicht möglich gewesen wäre. Der Flächentarifvertrag im Baugewerbe habe seine „bisher schwerste Bewährungsprobe“

bestanden. Positiv wurde insbesondere bewertet, dass die Bauarbeiter aus der ALG II-Falle herausgeholt und der Mindestlohn für weitere drei Jahre gesichert werden konnte.

Die Arbeitgeber sahen einen „großen Teil, aber längst nicht alle Verhandlungsziele“ erreicht und zeigten sich deshalb zufrieden. Der ZDB bezifferte die Gesamtentlastung des Abschlusses für alle Baubetriebe mit 3,0 %. Ob die erreichte Kostenentlastung zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Baubetriebe ausreichen werde, hätten die Mitgliedsverbände zu entscheiden.

4. Ausblick

Bei Redaktionsschluss dieses Berichts waren die Verhandlungen in den regionalen Tarifbereichen des Groß- und Einzelhandels noch in vollem Gange. Auch hier forderten die Arbeitgeber Einschnitte in tarifliche Leistungen durch Öffnungsklauseln als zwingende Voraussetzung für einen Lohnabschluss. Andernfalls müsse der Gesetzgeber handeln. Für eine Erhöhung der Personalkosten auf der Ebene des Flächentarifs gebe es "keinen Spielraum", betonten sie.

Im zweiten Halbjahr stehen noch Tarifverhandlungen in einigen kleineren Tarifbereichen an. Ende September laufen die Verträge im Versicherungsgewerbe aus, Ende des Jahres im Maler- und Lackiererhandwerk, in der Gebäudereinigung und in der Wohnungswirtschaft. Damit wird dann auch schon die Tarifrunde 2006 eingeläutet, in deren Zentrum dann die Metall- und Elektroindustrie stehen wird. Ende Februar 2006 laufen dort die Lohn- und Gehaltstarifverträge aus.

Literatur:

Bispinck, Reinhard, WSI-Tarifarchiv (2005): Tarifstandards unter Druck - Tarifpolitischer Jahresbericht 2004, in: WSI-Informationen zur Tarifpolitik, Düsseldorf Januar 2005 (Kurzfassung in: WSI-Mitteilungen 2/2005).

Böhle, Th. (2005): Tarifabschluss im öffentlichen Dienst - die große Tarifrechtsreform?, in: ifo Schnelldienst 7/2005, S. 3-5.

Sauerborn, W. (2005): Stellvertreterpolitik, aber gute - Zum Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst, in: express 3/2005, S. 1-4.

Wendl, M. (2005): Paradigmenwechsel. Der neue Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst, in: Sozialismus 3/2005, S. 38-41.

Anhang zum WSI-Halbjahresbericht 2005

Schaubilder:

Tarfniveau Ost/West in %
Erhöhung der Tarifverdienste 2005

Tabellen:

Tabelle 1 a:

Durchschnittliche Abschlussraten der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge Deutschland aus der Tarifrunde 2005 (vorläufige Ergebnisse)

Tabelle 1 b:

Durchschnittliche Abschlussraten der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge West aus der Tarifrunde 2005 (vorläufige Ergebnisse)

Tabelle 1 c:

Durchschnittliche Abschlussraten der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge Ost aus der Tarifrunde 2005 (vorläufige Ergebnisse)

Tabelle 2 a:

Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste Deutschland 2005

Tabelle 2 b:

Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste West 2005

Tabelle 2 c:

Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste Ost 2005

Tabelle 3:

Tarifliche Grundvergütung in Ost und West zum 20.6.2005

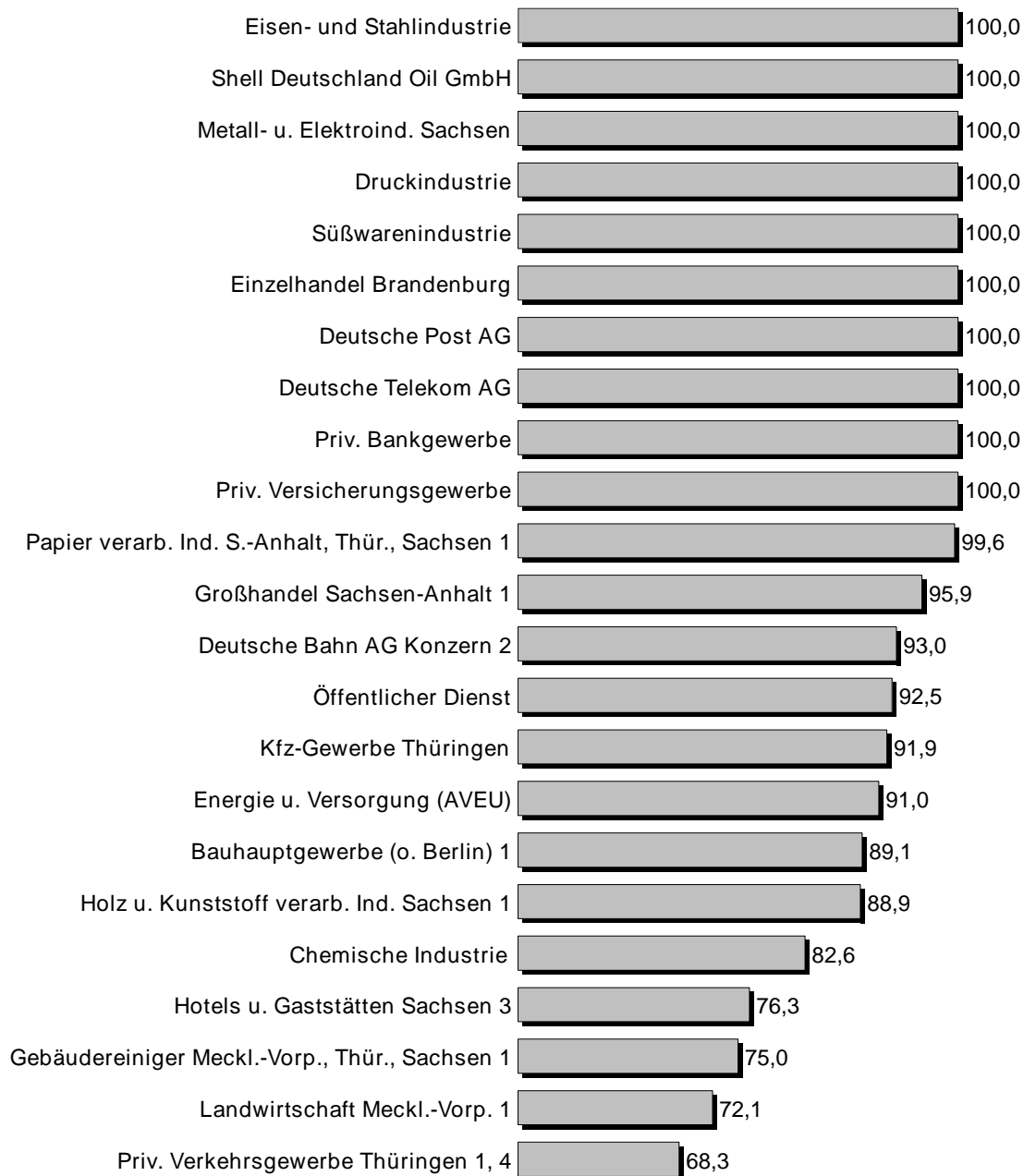
Tabelle 4:

Tarfniveau Ost/West zum 20.6.2005 und weitere Tarifsteigerungen

Übersicht:

Tarifabschlüsse in ausgewählten Tarifbereichen West und Ost im Jahr 2005

Tarfniveau Ost/West in %*



* mittlere Gruppe, Endstufe

1 nur Lohn

2 hier die Unternehmen DB Station & Service AG, DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, Railion Deutschland AG, DB Netz AG

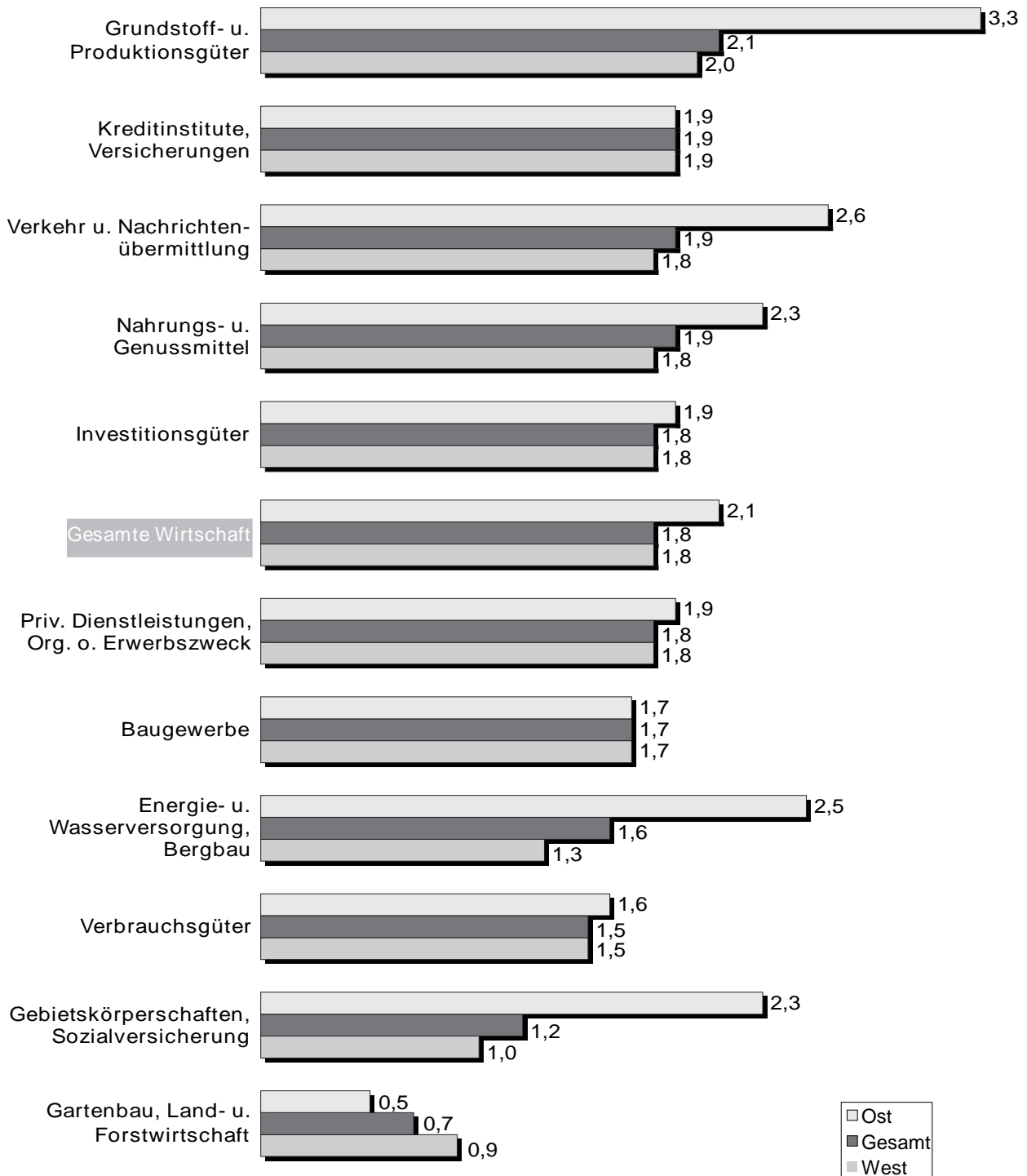
3 Eingangsstufe

4 Spedition und Güterverkehr

Stand: 20.06.2005

Erhöhung der Tarifverdienste 2005

Kalenderjährliche Erhöhung gegenüber dem Vorjahr in %
- Wirtschaftsbereiche * -



* Ohne Wirtschaftsbereich Handel wegen noch laufender Tarifrunden.
Stand: 20.06.2005

**Durchschnittliche Abschlussraten¹ der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge
aus der Tarifrunde 2005 (vorläufige Ergebnisse)²**

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1000)³ -

Wirtschaftsbereich ⁴	Lohn tariff- verträge		Gehaltstarif- verträge		Entgelttarif- verträge		alle Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge			
	begüns- tigte AN	Erhö- hungs- rate- in % ⁵	begüns- tigte AN	Erhö- hungs- rate in % ⁵	begüns- tigte AN	Erhö- hungs- rate in % ⁵	begüns- tigte AN	Erhö- hungs- rate in % ⁵	davon: im 1. Halbj. 2005 in Kraft getr. Tarifer- höhg. ⁵	davon begüns- tigte AN
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	25,9	4,6	3,2	4,6	-	-	29,1	4,6	-	-
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	39,6	2,0	12,0	1,8	77,6	2,4	129,2	2,2	2,5	71,3
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	144,4	2,3	61,7	2,2	580,2	2,7	786,3	2,6	2,6	309,1
Investitionsgütergewerbe	83,1	2,7	48,9	2,4	-	-	132,0	2,6	1,6	132,0
Verbrauchsgütergewerbe	254,7	1,3	51,2	1,6	13,3	1,5	319,2	1,4	1,5	193,6
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	16,6	1,8	11,8	2,0	68,3	1,9	96,7	1,9	1,9	94,7
Baugewerbe	1,2	1,4	-	-	-	-	1,2	1,4	-	-
Handel	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	166,3	2,4	88,1	3,0	251,1	3,8	505,5	3,2	2,0	155,2
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	43,3	1,1	60,0	1,0	151,1	1,5	254,4	1,3	1,4	141,4
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung ⁶	9,6	1,8	73,0	1,5	49,4	2,5	132,0	1,9	1,3	49,0
Gesamte Wirtschaft	784,7	2,0	409,9	2,0	1.191,0	2,7	2.385,6	2,4	2,0	1.146,3

- 1) Einschließlich Ost-West-Niveaueinstellungen sowie Stufenerhöhungen, d.h. Lohn-, Gehalts- bzw. Entgelterhöhungen, die nicht beim Inkraft-Treten des Tarifvertrages, sondern als weitere Erhöhung während der Laufzeit der neu abgeschlossenen Tarifverträge wirksam werden (ohne Pauschalzahlungen, ohne zusätzliche Einmalzahlungen und leistungsorientierte Vergütungsbestandteile, soweit nichts anderes angegeben).
- 2) Abweichungen der Durchschnittswerte gegenüber den Ost- und West-Tabellen durch Rundungen möglich.
- 3) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten ArbeitnehmerInnen aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte ArbeitnehmerInnen.
- 4) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer den Abgrenzungen der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.
- 5) Ohne rechnerischen Lohnausgleich für Wochenarbeitszeitverkürzungen bzw. -verlängerungen.
- 6) Ohne Berechnung des öffentlichen Dienstes (Bund, Gemeinden und verwandte Bereiche) aufgrund neuer Entgeltstrukturen ab 01.10.05.

**Durchschnittliche Abschlussraten¹ der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge
aus der Tarifrunde 2005 (vorläufige Ergebnisse)**
- AN in Tarifbereichen ab 1.000 Beschäftigten (in 1000)² -

Wirtschaftsbereich ³	Lohn tariff- verträge		Gehaltstarif- verträge		Entgelttarif- verträge		alle Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge			
	begüns- tigte AN	Erhö- hungs- rate- in % ⁴	begüns- tigte AN	Erhö- hungs- rate in % ⁴	begüns- tigte AN	Erhö- hungs- rate in % ⁴	begüns- tigte AN	Erhö- hungs- rate in % ⁴	davon: im 1. Halbj. 2005 in Kraft getr. Tarifer- höhg. ⁴	davon begüns- tigte AN
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	12,8	4,6	-	-	-	-	12,8	4,6	-	-
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	36,5	1,9	11,0	1,7	32,8	2,0	80,3	1,9	2,5	38,4
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	126,6	2,2	55,6	2,1	535,9	2,7	718,1	2,6	2,6	299,4
Investitionsgütergewerbe	83,1	2,7	48,9	2,4	-	-	132,0	2,6	1,6	132,0
Verbrauchsgütergewerbe	227,9	1,3	46,4	1,6	-	-	274,3	1,4	1,5	165,8
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	12,6	1,8	10,1	2,1	64,0	1,8	86,7	1,9	1,9	86,7
Baugewerbe	1,2	1,4	-	-	-	-	1,2	1,4	-	-
Handel	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	163,2	2,4	86,2	3,0	181,3	2,0	430,7	2,4	2,0	154,1
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	41,8	1,0	58,0	0,9	92,9	1,4	192,7	1,2	1,2	116,5
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung ⁵	9,6	1,8	62,6	1,4	36,7	1,4	108,9	1,4	1,3	38,6
Gesamte Wirtschaft	715,3	2,0	378,8	2,0	943,6	2,3	2.037,7	2,1	1,9	1.031,5

- 1) Einschließlich Stufenerhöhungen, d.h. Lohn-, Gehalts- bzw. Entgelterhöhungen, die nicht beim In-Kraft-Treten des Tarifvertrages, sondern als weitere Erhöhung während der Laufzeit der neu abgeschlossenen Tarifverträge wirksam werden (ohne Pauschalzahlungen, ohne zusätzliche Einmalzahlungen und leistungsorientierte Vergütungsbestandteile, soweit nichts anderes angegeben).
- 2) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten ArbeitnehmerInnen aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte ArbeitnehmerInnen.
- 3) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer den Abgrenzungen der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.
- 4) Ohne rechnerischen Lohnausgleich für Wochenarbeitszeitverkürzungen bzw. -verlängerungen.
- 5) Ohne Berechnung des öffentlichen Dienstes (Bund, Gemeinden und verwandte Bereiche) aufgrund neuer Entgeltstrukturen ab 01.10.05.

**Durchschnittliche Abschlussraten¹ der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge
aus der Tarifrunde 2005 (vorläufige Ergebnisse)**
- AN in Tarifbereichen ab 500 Beschäftigten (in 1000)² -

Wirtschaftsbereich ³	Lohn tariff- verträge		Gehaltstarif- verträge		Entgelttarif- verträge		alle Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge			
	begüns- tigte AN	Erhö- hungs- rate- in % ⁴	begüns- tigte AN	Erhö- hungs- rate in % ⁴	begüns- tigte AN	Erhö- hungs- rate in % ⁴	begüns- tigte AN	Erhö- hungs- rate in % ⁴	davon: im 1. Halbj. 2005 in Kraft getr. Tarifer- höhg. ⁴	davon begüns- tigte AN
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	13,1	4,6	3,2	4,6	-	-	16,3	4,6	-	-
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	3,1	3,4	1,0	3,2	44,8	2,7	48,9	2,8	2,5	32,9
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	17,8	3,4	6,1	3,3	44,3	2,5	68,2	2,8	2,4	9,7
Investitionsgütergewerbe	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verbrauchsgütergewerbe	26,8	1,4	4,8	1,7	13,3	1,5	44,9	1,5	1,5	27,8
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	4,0	1,7	1,7	1,7	4,3	2,5	10,0	2,0	1,9	8,0
Baugewerbe	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Handel	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	3,1	2,0	1,9	2,0	69,8	8,4	74,8	8,0	2,1	1,1
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	1,5	3,0	2,0	3,1	58,2	1,7	61,7	1,8	2,1	24,9
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung ⁵	-	-	10,4	2,1	12,7	5,6	23,1	4,0	1,1	10,4
Gesamte Wirtschaft	69,4	2,7	31,1	2,6	247,4	4,1	347,9	3,7	2,0	114,8

- 1) Einschließlich Ost-West-Niveaueinstellungen sowie Stufenerhöhungen, d.h. Lohn-, Gehalts- bzw. Entgelterhöhungen, die nicht beim Inkraft-Treten des Tarifvertrages, sondern als weitere Erhöhung während der Laufzeit der neu abgeschlossenen Tarifverträge wirksam werden (ohne Pauschalzahlungen, ohne zusätzliche Einmalzahlungen und leistungsorientierte Vergütungsbestandteile, soweit nichts anderes angegeben).
- 2) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten ArbeitnehmerInnen aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte ArbeitnehmerInnen.
- 3) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer den Abgrenzungen der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.
- 4) Ohne rechnerischen Lohnausgleich für Wochenarbeitszeitverkürzungen bzw. -verlängerungen.
- 5) Ohne Berechnung des öffentlichen Dienstes (Bund, Gemeinden und verwandte Bereiche) aufgrund neuer Entgeltstrukturen ab 01.10.05.

Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste 2005¹
(Kalenderjährliche Erhöhung gegenüber dem Vorjahr - vorläufige Ergebnisse)²

- AN in Tarifbereichen ab 500 (Ost) bzw. 1.000 (West) Beschäftigten (in 1.000)³ -

Wirtschaftsbereich ⁴	Lohntarifverträge		Gehaltstarifverträge		Entgelttarifverträge		alle Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge	
	AN	%	AN	%	AN	%	AN	%
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	26,6	0,7	3,6	0,5	0,5	0,6	30,7	0,7
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	40,6	1,9	12,8	1,6	144,8	1,6	198,2	1,6
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	194,6	3,1	84,4	2,8	584,3	1,7	863,3	2,1
Investitionsgütergewerbe	2.145,6	1,8	1.365,5	1,9	91,8	1,7	3.602,9	1,8
Verbrauchsgütergewerbe	443,4	1,5	144,0	1,4	21,6	1,0	609,0	1,5
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	15,1	1,7	9,9	1,8	89,7	1,9	114,7	1,9
Baugewerbe	139,5	1,7	2,1	1,9	-	-	141,6	1,7
Handel	-	-	-	-	-	-	-	-
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	246,9	1,7	115,0	1,9	513,2	2,0	875,1	1,9
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	-	-	-	-	440,1	1,9	440,1	1,9
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	467,8	2,3	119,5	1,1	702,0	1,7	1.289,3	1,8
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung ⁵	9,6	1,8	73,0	1,1	52,1	1,2	134,7	1,2
Gesamte Wirtschaft	3.729,7	1,9	1.929,8	1,8	2.640,1	1,8	8.299,6	1,8

1) Durchschnittliches tarifliches Monatsentgelt (Grundvergütung) 2005 gegenüber durchschnittlichem tariflichem Monatsentgelt (Grundvergütung) 2004 unter Berücksichtigung zusätzlicher Pauschal- und Einmalzahlungen.

2) Abweichungen der Durchschnittswerte gegenüber den Ost- und West-Tabellen durch Rundungen möglich.

3) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten ArbeitnehmerInnen aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte ArbeitnehmerInnen.

4) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer den Abgrenzungen der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

5) Ohne Berechnung des öffentlichen Dienstes (Bund, Gemeinden und verwandte Bereiche) aufgrund neuer Entgeltstrukturen ab 01.10.05.

Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste 2005¹
(Kalenderjährliche Erhöhung gegenüber dem Vorjahr - vorläufige Ergebnisse)
 - AN in Tarifbereichen ab 1.000 Beschäftigten (in 1.000)² -

Wirtschaftsbereich ³	Lohntarifverträge		Gehaltstarifverträge		Entgelttarifverträge		alle Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge	
	AN	%	AN	%	AN	%	AN	%
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	12,8	0,9	-	-	-	-	12,8	0,9
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	36,5	1,7	11,0	1,4	94,4	1,1	141,9	1,3
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	170,6	3,0	76,5	2,8	537,5	1,6	784,6	2,0
Investitionsgütergewerbe	1.921,8	1,8	1.264,7	1,9	77,0	1,7	3.263,5	1,8
Verbrauchsgütergewerbe	395,7	1,5	133,0	1,4	8,3	0,4	537,0	1,5
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	11,1	1,6	8,2	1,8	80,6	1,8	99,9	1,8
Baugewerbe	109,8	1,7	2,1	1,9	-	-	111,9	1,7
Handel	-	-	-	-	-	-	-	-
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	243,8	1,7	113,1	1,9	354,3	1,8	711,2	1,8
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	-	-	-	-	408,0	1,9	408,0	1,9
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	383,1	2,2	99,3	1,1	529,9	1,7	1.012,3	1,8
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung ⁴	9,6	1,8	62,6	1,0	39,4	0,7	111,6	1,0
Gesamte Wirtschaft	3.294,8	1,9	1.770,5	1,8	2.129,4	1,7	7.194,7	1,8

- 1) Durchschnittliches tarifliches Monatsentgelt (Grundvergütung) 2005 gegenüber durchschnittlichem tariflichem Monatsentgelt (Grundvergütung) 2004 unter Berücksichtigung zusätzlicher Pauschal- und Einmalzahlungen.
- 2) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten ArbeitnehmerInnen aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte ArbeitnehmerInnen.
- 3) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer den Abgrenzungen der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.
- 4) Ohne Berechnung des öffentlichen Dienstes (Bund, Gemeinden und verwandte Bereiche) aufgrund neuer Entgeltstrukturen ab 01.10.05.

Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste 2005¹
(Kalenderjährliche Erhöhung gegenüber dem Vorjahr - vorläufige Ergebnisse)
 - AN in Tarifbereichen ab 500 Beschäftigten (in 1.000)² -

Wirtschaftsbereich ³	Lohntarifverträge		Gehaltstarifverträge		Entgelttarifverträge		alle Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge	
	AN	%	AN	%	AN	%	AN	%
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	13,8	0,5	3,6	0,5	0,5	0,6	17,9	0,5
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	4,1	3,3	1,8	3,0	50,4	2,4	56,3	2,5
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	24,0	3,5	7,9	3,2	46,8	3,2	78,7	3,3
Investitionsgütergewerbe	223,8	1,9	100,8	1,9	14,8	1,6	339,4	1,9
Verbrauchsgütergewerbe	47,7	1,6	11,0	1,6	13,3	1,4	72,0	1,6
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	4,0	2,0	1,7	2,0	9,1	2,5	14,8	2,3
Baugewerbe	29,7	1,7	-	-	-	-	29,7	1,7
Handel	-	-	-	-	-	-	-	-
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	3,1	1,7	1,9	1,4	158,9	2,6	163,9	2,6
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	-	-	-	-	32,1	1,9	32,1	1,9
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	84,7	2,6	20,2	1,2	172,1	1,6	277,0	1,9
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung ⁴	-	-	10,4	1,9	12,7	2,7	23,1	2,3
Gesamte Wirtschaft	434,9	2,0	159,3	1,8	510,7	2,2	1.104,9	2,1

- 1) Durchschnittliches tarifliches Monatsentgelt (Grundvergütung) 2005 gegenüber durchschnittlichem tariflichem Monatsentgelt (Grundvergütung) 2004 unter Berücksichtigung zusätzlicher Pauschal- und Einmalzahlungen.
- 2) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten ArbeitnehmerInnen aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte ArbeitnehmerInnen.
- 3) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer den Abgrenzungen der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.
- 4) Ohne Berechnung des öffentlichen Dienstes (Bund, Gemeinden und verwandte Bereiche) aufgrund neuer Entgeltstrukturen ab 01.10.05.

Tabelle 3:

Tarifliche Grundvergütung¹ und Tarifniveau in Ost und West - ausgewählte Tarifbereiche -

Tarifbereich Ost/ Vergleichsbereich West	Vergü- tungsart	Tarifliche Grundvergütung/Monat ²		
		Ost	West	Ost/West in %
Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommern/Bayern	L	1.228 ³	1.703 ³	72,1
	G	1.177 ³	1.613 ³	73,0
Energie- und Versorgungswirtschaft Ost (AVEU)/ Energiewirtschaft NRW (GWE-Bereich)	E	2.352	2.585 ⁴	91,0
Eisen- und Stahlindustrie Ost/NRW	L ⁵	1.631	1.631	100,0
	G ⁵	1.824	1.824	100,0
Chemische Industrie Ost/Berlin-West	E	2.018 ⁶	2.444 ⁷	82,6
Mineralölverarbeitung SHELL Deutschland Oil GmbH	E	2.968	2.968	100,0
Metall- und Elektroindustrie Sachsen/Bayern	L	1.862	1.862	100,0
	G	2.288	2.288	100,0
Kfz-Gewerbe Thüringen ⁸ /Hessen	E	1.719	1.871	91,9
Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Sachsen/Bayern	E	1.725	L: 1.940 G: 2.327	88,9 74,1
	L ⁹	1.907	1.915	99,6
Papier verarbeitende Industrie Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen/Hessen	G ⁹	2.213	2.213	100,0
	L	2.269	2.269	100,0
Druckindustrie Arb.: Ost/West Ang.: Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt/Hamburg, Schleswig-Holstein	G ⁹	2.397	2.397	100,0
	E	1.715	L: 1.665 G: 2.280	- ¹⁰ - ¹⁰
Textilindustrie Ost/Baden-Württemberg	E	1.715	L: 1.665 G: 2.280	- ¹⁰ - ¹⁰
Süßwarenindustrie Ost/Baden-Württemberg	E	2.075	2.122	97,8 ¹¹
Bauhauptgewerbe Ost (o. Berlin-Ost)/ West (o. Berlin-West)	L ¹²	2.043	2.292	89,1
	G ¹²	1.653	1.852	89,3
Großhandel Sachsen-Anhalt/NRW	L	1.963 ¹³	2.047 ⁹	95,9
	G	1.833 ¹³	1.999 ⁹	91,7
Einzelhandel Brandenburg/Berlin-West	L	1.952	1.952	100,0
	G	1.957	1.957	100,0
Deutsche Bahn AG Konzern ¹⁴ Ost/West	E	1.616	1.737	93,0
Deutsche Post AG	E ¹⁵	2.021	2.021	100,0
Deutsche Telekom AG	E	2.504	2.504	100,0
Privates Transport- und Verkehrsgewerbe Thüringen (Spedition u. Güterverkehr)/Bayern	E	1.152	L: 1.687 ¹⁶ G: 2.009 ¹⁶	68,3 57,3
	E ¹⁷	2.475	2.475	100,0
Versicherungsgewerbe (Innendienst) Ost/West	E	2.319	2.319	100,0
Hotel- und Gaststättengewerbe Sachsen/Bayern	E ¹⁸	1.258 ¹⁹	1.649	76,3
Gebäudereinigerhandwerk Arb.: Mecklenburg-Vorp., Thüringen, Sachsen/West Ang.: Berlin-Ost/Berlin-West	L	1.464	1.952	75,0
	G ²⁰	2.141	2.141	100,0
Öffentlicher Dienst ²¹ Ost/West Arb.: Bund, Länder, Gemeinden Ang.: Gemeinden	L	1.882	2.035	92,5
	G ²²	1.833	1.982	92,5

L = Lohn; G = Gehalt; E = Entgelt

Fußnoten nächste Seite

Fußnoten zu Tab. 3:

- 1) Auf der Basis der tariflichen Tabellenvergütungen ohne Zulagen, Zuschläge und sonstige Zahlungen, soweit nichts anderes angegeben; Beträge auf volle € gerundet.
- 2) Mittlere Gruppe (Endstufe) = unterste Gruppe für AN mit abgeschlossener, i.d.R. dreijähriger Ausbildung; Beträge ggf. gerundet.
- 3) Stand 31.08.04, Neuabschluss liegt noch nicht vor.
- 4) Zzgl. nach Beschäftigungsbeginn gestaffelter individueller Zulagen.
- 5) 3,5 % ab 01.09.05.
- 6) 2,7 % ab 01.08. und 2,5 % Stufenerhöhung ab 01.10.05.
- 7) 2,7 % ab 01.07.05.
- 8) Stand 31.05.05, Neuabschluss liegt noch nicht vor.
- 9) Stand 31.03.05, Neuabschluss liegt noch nicht vor.
- 10) Angabe nicht möglich aufgrund neuer Entgeltstruktur im Bundesgebiet Ost ab 01.01.05.
- 11) Nominell 100 % der Durchschnittsentgelte aller regionalen Bereiche West.
- 12) Stand 31.03.04, Neuabschluss noch in der Erklärungsfrist.
- 13) Stand 30.04.05, Neuabschluss liegt noch nicht vor.
- 14) Hier die Unternehmen DB Station & Service AG, DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, Railion Deutschland AG, DB Netz AG.
- 15) 2,3 % Stufenerhöhung ab 01.11.05.
- 16) 2,5 % ab 01.08.05.
- 17) 1,6 % Stufenerhöhung ab 01.09.05.
- 18) Eingangsstufe.
- 19) 1,4 % Stufenerhöhung ab 01.07.05.
- 20) Stand 31.12.04, Neuabschluss liegt noch nicht vor.
- 21) Neue Entgeltstrukturen ab 01.10.05 für Bund und Gemeinden.
- 22) Grundvergütung und Ortszuschlag unterste Stufe und allgemeine Zulage.

**Tarifniveau Ost/West zum 20.06.2005 und weitere Tarifsteigerungen
gemäß Stufenplänen bzw. Stufenerhöhungen**

Tarifbereich ¹	Vergütungsart	Grundvergütung Ost*		Weitere Steigerungen in Tarifbereichen mit Stufenplänen bzw. Stufenerhöhungen auf.....% des entsprechenden Westbereichs/ in Kraft ab Monat/Jahr							Kündigungstermin**		
		in €	in % West	60	65	70	75	80	85	90		95	100
Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommern	L G	1.228 1.177	72,1 73,0										31.08.04 ²
Energie- und Versorgungswirtschaft (AVEU)	E	2.352	91,0										28.02.06
Eisen- und Stahlindustrie	L G	1.631 1.824	100,0 100,0										31.08.06 31.08.06
Chemische Industrie	E	2.018	82,6						84,7 10/05			2009 ³	28.02.07
Mineralölverarbeitung Shell Deutschland Oil GmbH	E	2.968	100,0										31.07.05
Metall- und Elektroindustrie Sachsen	L G	1.862 2.288	100,0 100,0										28.02.06 28.02.06
Kfz-Gewerbe Thüringen	E	1.719	91,9										31.05.05 ²
Holz und Kunststoff verarb. Industrie Sachsen	E	1.725	L: 88,9 G: 74,1										30.04.06
Papier verarbeitende Industrie Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen	L G	1.907 2.213	99,6 100,0										31.03.05 ² 31.03.05 ²
Druckindustrie Ang.: ohne Berlin und Brandenburg	L G	2.269 2.397	100,0 100,0										31.03.07 31.03.05 ²
Textilindustrie	E	1.715	- ⁴										31.03.07
Süßwarenindustrie	E	2.075	100,0										30.11.05
Bauhauptgewerbe (ohne Berlin)	L G	2.043 1.653	89,1 89,3										31.03.04 ⁵ 31.03.04 ⁵
Großhandel Sachsen-Anhalt	L G	1.963 1.833	95,9 ⁶ 91,7 ⁶										30.04.05 ² 30.04.05 ²
Einzelhandel Brandenburg	L G	1.952 1.957	100,0 100,0										30.06.05 30.06.05
Deutsche Bahn AG Konzern⁷	E	1.616	93,0									9/05 bzw. 9/06 ⁸	30.06.07
Deutsche Post AG	E	2.021	100,0										30.04.06
Deutsche Telekom AG	E	2.504	100,0										31.03.06
Privates Verkehrsgewerbe Thüringen (Spedition u. Güterverkehr)	E	1.152	L: 68,3 G: 57,3		66,6 8/05 55,9 8/05								31.03.06
Bankgewerbe	E	2.475	100,0										31.05.06
Versicherungsgewerbe (Innendienst)	E	2.319	100,0										30.09.05
Hotel- und Gaststättengewerbe Sachsen	E ⁹	1.258	76,3										30.06.06
Gebäudereinigerhandwerk Arb.: Mecklenburg-Vorp., Thüringen, Sachsen Ang.: Berlin-Ost	L G	1.464 2.141	75,0 100,0										31.12.05 31.12.04 ²
Öffentlicher Dienst Gemeinden	L G	1.882 1.833	92,5 92,5						94,0 7/05	95,5 7/06	97,0 7/07	2007 bzw. 2009 ¹⁰	31.12.07 31.12.07

* Mittlere Gruppe (Endstufe)

** Kündigungstermin der Vergütungstarifverträge bzw. der Stufenpläne

- 1) Vergleichsbereiche West s. Tabelle 3.
- 2) Neuabschluss liegt noch nicht vor.
- 3) 100 % des Tarifniveaus Berlin-West bis 2009 durch noch zu vereinbarende Stufen.
- 4) Angabe nicht möglich aufgrund neuer Entgeltstruktur im Bundesgebiet Ost ab 01.01.05.
- 5) Neuabschluss noch in der Eklärungsfrist.
- 6) Vergleichsbereich: NRW (Niedersachsen: 94,8 % Lohn, 94,4 % Gehalt).
- 7) Hier die Unternehmen DB Station & Service AG, DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, Railion Deutschland AG, DB Netz AG.
- 8) 100 % für AN der EntgGr. E1 - E11, Stufen 1 und 2 ab 01.09.05, Stufe 3 ab 01.09.06; für AN der EntgGr. AT1 - AT4 ab 01.09.05.
- 9) Eingangsstufe.
- 10) Bund, Länder und Gemeinden: 100 % Angleichung bis 31.12.07 für Arb. und Ang. (X bis Vb, Kr. I bis VIII), übrige Ang. bis 31.12.09 durch noch zu vereinbarende Stufen. Bund und Gemeinden: Neue Entgeltstrukturen ab 01.10.05.

Übersicht über ausgewählte Tarifabschlüsse 2005

Die nachstehende Übersicht enthält neben den Abschlüssen aus der Tarifrunde 2005 auch Stufenerhöhungen für 2005, die bereits in den Tarifrunden 2003/2004 vereinbart wurden.

Bankgewerbe einschl. **Genossenschaftsbanken**, 440 100 AN (ver.di)

- *Entgelt:* 1,6 % Stufenerhöhung ab 01.09.05 aus Abschluss 2004, Laufzeit bis 31.05.06.

Bauhauptgewerbe, 643 200 Arb./Ang. (Ang. ohne Bayern) (IG BAU)

Erklärungsfrist: 29.07.05.

Wirksamwerden der TV-Vereinbarungen nur bei Zustimmung aller Länder, die dem Zentralverband des deutschen Baugewerbes das Mandat entzogen haben und bei Erlass der Rechtsverordnung über die Mindestlöhne.

- *Lohn, Gehalt:* **West, Berlin-West und -Ost:** nach 17 Nullmonaten (April 2004 bis August 2005) je 30 € Pauschale (Berlin je 15 €) für September 2005 bis März 2006, 1,0 % ab 01.04.06, Laufzeit bis 31.03.07.
Senkung der Mindestlöhne um 1,5/1,4 % (LGr. 1/2) ab 01.09.05, in den Jahren 2006 und 2007 Anhebung um 0,10 €/Std. jeweils zum 01.09.;
Ost (ohne Berlin-Ost): nach 24 Nullmonaten (April 2004 bis März 2006) 1,0 % ab 01.04.06, Laufzeit bis 31.03.07.
Senkung der Mindestlöhne um 1,7/2,1 % (LGr. 1/2) ab 01.09.05, in den Jahren 2006 und 2007 Anhebung der LGr. 1 um 0,10 €/Std. jew. zum 01.09., keine Erhöhung der LGr. 2.
- *Arbeitszeit, Urlaub, Sonstiges:* von 39 auf 40 Std./W. ab 01.01.06 (Arb.: Absenkung des Stundenlohns; Ang. und Ausz.: Beibehaltung der Tabellenvergütungen); Festlegung von Sommer-/Winter-AZ: 35 Wochen mit je 41/17 Wochen mit je 38 Std.; Arb.: Wegfall der Ausgleichsbeträge für Ausfallstunden bei Urlaub; Verlängerung der Mantel-TVe bis 31.12.07.
- *Sonstiges:* Übereinkunft der TV-Parteien zur Vereinbarung einer Neuregelung der Winterbauförderung zum 01.01.06 (u.a. Wegfall TV Lohnausgleich) und zur Vereinbarung eines neuen TV Leistungslohn.

Chemische Industrie, alle West-Bereiche, 528 000 AN (IG BCE)

- *Entgelt:* 2,7 %, regional unterschiedlich ab 01.06., 01.07. und 01.08.05. 1,2 % eines ME, multipliziert mit 19, als zusätzliche Einmalzahlung mit u.a. der Möglichkeit zur Kürzung oder Wegfall aus wirtschaftlichen Gründen; Laufzeit bis 31.12.06, 31.01. und 28.02.07.
- *Altersvorsorge/Sonstiges:* Neufassung des TV über Einmalzahlungen und Altersvorsorge mit u.a. verbindlicher Nutzung der VermL ausschließlich zur Altersvorsorge (478,57 € sowie 134,98 € Förderung durch AG) ab 01.01.06.
- *Sonstiges:* Erhöhung der Ausbildungsplatzzahlen um 1,6 und 1,7 % in den Ausbildungsjahren 2006 und 2007; Verabredung künftiger Steigerungen (insg. 7,0 % bis Ende 2007) bei Entgelt-Tarifrunden.
Verlängerung des MTV bis 31.12.07.
Neufassung des TV über den Unterstützungsverein der chemischen Industrie (UCI) mit u.a. der Umstellung der prozentualen Förderung auf monatliche Festbeträge.

Ost, 37 500 AN (IG BCE)

Erklärungsfrist: 20.07.05

- *Entgelt:* 2,7 % ab 01.08.05, als Angleichungsfaktor an das Tarifniveau Berlin West 2,5 % Stufenerhöhung ab 01.10.05 aus Abschluss 2004 sowie weitere 1,5/1,6 % jew. ab 01.10.06/07; Regelung zur zusätzlichen Einmalzahlung wie West, Laufzeit bis 28.02.07. Übernahme des westdeutschen Tarifabschlusses für 2007.

Tarifabschlüsse 2005

- *Altersvorsorge/Sonstiges*: Neufassung des TV über Einmalzahlungen und Altersvorsorge mit u.a. verbindlicher Festschreibung der VermL ausschließlich zur Altersvorsorge (159,52 € sowie 45 € Förderung durch AG) ab 01.01.06, Übernahme der West-Beträge ab 01.01.07.
- *Sonstiges*: AG-Verpflichtung, 2006 und 2007 jew. mind. 700 Ausbildungsplätze anzubieten. Verlängerung des MTV bis 31.12.07.

Deutsche Bahn AG Konzern (hier die Unternehmen: DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, Railion Deutschland AG, DB Netz AG, DB Station & Service), 140 000 AN (Transnet)

- *Entgelt*: nach 4 Nullmonaten (März bis Juni) jew. 50 € Pauschale für Juli 2005 bis Juni 2007, 1,9 % zum 30.06.07, Laufzeit bis 30.06.07; Einführung einer Mitarbeiterbeteiligung.
- *Tarifniveaueanpassung Ost*: von 93 auf 100 % ab 01.09.05/06, gestaffelt nach EntgGr., jew. aus Abschluss 2003.
- *Arbeitszeit*: Verlängerung von 38 auf 39 Std./W. ohne Entgeltausgleich ab 01.07.05, befristet bis 31.12.10; Möglichkeit der AZ-Flexibilisierung von 35 - 40 Std./W. zur weiteren Beschäftigungssicherung durch BV, gestaffelter Teillohnausgleich bei AZ-Verkürzung.
- *Urlaub*: Reduzierung um einen AT, befristet bis 31.12.10.
- *Beschäftigungsbündnis*: Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bis 31.12.10 für AN ab 5 J. BZ.

Deutsche Post AG, 142 000 AN (ver.di)

- *Entgelt*: 2,3 % Stufenerhöhung ab 01.11.05 aus Abschluss 2004, Laufzeit bis 30.04.06.

Deutsche Telekom AG, 70 000 AN (ver.di)

- *Entgelt*: 2,7 % ab 01.01.05 aus Abschluss 2004, Laufzeit bis 31.03.06.

Druckindustrie, 119 000 Arb. (ver.di)

- *Lohn*: 340 € Pauschale insg. für April 2005 bis März 2006, 1,0 % ab 01.04.06, Laufzeit bis 31.03.07.
- *Arbeitszeit/Sonstiges*: Beibehaltung der 35-Std.-Woche (Ost: 38-Std.-Woche) und Jahressonderzahlungen; Einführung von AZ-Konten und flexiblerer Samstagsarbeit; teilweise Streichung von Zuschlägen, Laufzeit bis 31.12.09.

Eisen- und Stahlindustrie Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, 99 900 Arb./Ang. (IGM)

- *Lohn und Gehalt*: 500 € insg. Pauschale für April bis August, 3,5 % ab 01.09.05, Laufzeit bis 31.08.06.

Ost, 17 400 Arb./Ang. (IGM)

- *Lohn und Gehalt*: Abschluss wie West.
- *Arbeitszeit*: AZ-Verkürzung von 38 auf 37 Std./W. mit vollem Lohnausgleich ab 01.10.05 aus Abschluss 2004.
- *Sonstiges*: Verpflichtung der Unternehmen, in den Ausbildungsjahren 2005 und 2006 insg. 10 Ausbildungsverhältnisse mehr abzuschließen; keine Teilnahme der Ausbildungsvergütungen an zwei nach April 2005 vereinbarten Lohn- und Gehaltserhöhungen.

Energiewirtschaft Nordrhein-Westfalen (GWE-Bereich), 31 300 AN (IG BCE/ver.di)

- *Entgelt:* Einfrieren der Entg.-Tabelle während der TV-Laufzeit; weitere Erhöhung der individuell garantierten Zulage auf 7,0/4,5 % eines ME im Durchschnitt ab 01.07.05 für AN, die am 30.06.03 beschäftigt waren/für AN mit Beschäftigungsbeginn vom 01.07.03 bis 30.06.04; Einführung einer individuell garantierten Zulage von 2,3 % eines ME im Durchschnitt ab 01.07.05 für AN mit Beschäftigungsbeginn vom 01.07.04 bis 30.06.05, jew. aus Abschluss 2004, Laufzeit bis 30.06.06.

Ost (AVEU), 28 000 AN (IG BCE/ver.di)

- *Entgelt:* 2,4 % ab 01.01.05 aus Abschluss 2004, Laufzeit bis 28.02.06.

Gebäudereinigerhandwerk West und Ost, 348 100 Arb. (IG BAU)

- *Lohn:* West, Berlin-West und -Ost: 2,5 %, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Thüringen: 3,0 %, jew. ab 01.01.05 aus Abschluss 2003, Laufzeit bis 31.12.05.

Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Baden-Württemberg, 45 400 AN (IGM)

- *Ecklohn/Gehalt:* 40 € Pauschale für April sowie 1,54 % ab 01.05.05, Laufzeit bis 31.03.06.

Hotel- und Gaststättengewerbe Sachsen, 29 300 AN (NGG)

- *Entgelt:* 1,4 % Stufenerhöhung ab 01.07.05 aus Abschluss 2004, Laufzeit bis 30.06.06.

Metall- und Elektroindustrie, 3 240 800 Arb./Ang. (IGM)

- *Lohn und Gehalt/Entgelt:* 2,0 % Stufenerhöhung ab 01.03.05 und Auszahlung einer zusätzlichen ERA-Strukturkomponente von 0,7 % in drei Einmalzahlungen aus Abschluss 2004; Möglichkeit des Fortfalls oder der Absenkung der ERA-Strukturkomponenten in den östlichen Tarifgebieten (ohne Sachsen-Anhalt), in Berlin-West und den Tarifgebieten der Küste mit Zustimmung der TV-Parteien; Laufzeit bis 28.02.06.
- *Entgeltrahmen-TV:* Abschluss im Rahmen des ERA-Projektes mit einheitlichen Entgeltregelungen für Arb. und Ang. für die Tarifgebiete Berlin/Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen.
- *Arbeitszeit:* Abschluss tariflicher Regelungen zu AZ-Konten und Langzeitkonten in den Tarifgebieten Nordwürttemberg/Nordbaden, Südwürttemberg-Hohenzollern, Südbaden.

Öffentlicher Dienst Bund und Gemeinden, 1 405 500 AN (ver.di)

- *Entgelt:* einheitliche Entg.-Tabelle für Arb./Ang. sowie Beschäftigte in der Kranken- und Altenpflege mit 15 EntgGr. und i.d.R. 6 Stufen ab 01.10.05 (dadurch u.a. Wegfall der allgemeinen Zulage und der Ortszuschläge) mit Besitzstandssicherung; Einführung einer neuen untersten EntgGr.

Bund West und Ost, Gemeinden West: je 300 € Pauschale in 2005/06/07, Laufzeit bis 31.12.07.

Gemeinden Ost: Angleichung des Tarifniveaus von 92,5 auf 94/95,5/97 % ab 01.07.05/06/07, Laufzeit bis 31.12.07.

Einführung einer variablen leistungsorientierten Bezahlung ab 2007 im Volumen von 1,0 % (Zielgröße: 8,0 % der Entgeltsumme des jeweiligen AG).

Erarbeitung neuer Tätigkeitsmerkmale und geplante Inkraftsetzung bis 2008.

Tarifabschlüsse 2005

- *Arbeitszeit, Sonstiges*: Einführung eines neuen einheitlichen TV für Arb. und Ang. zum 01.10.05, u.a.:
Bund West und **Ost**: von 38,5/40 Std./W. West/Ost auf einheitlich 39 Std./W. ohne Veränderung der Entgelte.
Gemeinden West und **Ost**: Beibehaltung der bisherigen AZ (s. Bund); Möglichkeit zur AZ-Verlängerung im Westen auf bis zu 40 Std./W. durch Verständigung der TV-Parteien auf landesbezirklicher Ebene.
Zur AZ-Gestaltung: Einführung von AZ-Konten durch BV möglich; ein Jahr Ausgleichszeitraum für regelmäßige AZ; AZ-Korridor von bis zu 45 Std. möglich; tägliche Rahmen-AZ von 12 Std. möglich.
- *Sonderzahlung*: Zahlung in 2005 und 2006 auf Grundlage des zusammengeführten bisherigen U- und W-Geldes; ab 2007 Zahlung einer dynamisierten SZ (60 - 90 % eines ME, gestaffelt nach EntgGr.; **Ost**: 75 % von West).
- *Sonstiges*: Fortbestand der Unkündbarkeit im Westen, Abschluss einer Meistbegünstigungsklausel.

Privates Verkehrsgewerbe Nordrhein-Westfalen, 127 500 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt*: nach 8 Nullmonaten (August 2004 bis März 2005): *Kraftfahrer*: 30 € mtl. Pauschale ab 01.04.05 bis zum Inkrafttreten des geänderten ArbZG bzw. der FahrerarbeitszeitVO, danach 1,9 % (spätestens ab 01.01.06); *übrige Arb. und Ang.*: 2,9 % ab 01.04.05, Laufzeit bis 30.04.06.

Thüringen, 18 700 AN (ver.di)

- *Entgelt*: Spedition und Güterverkehr: 1,5 %, Logistikunternehmen: 2,3/1,8 % EntgGr. 1 - 3/4 - 6 jew. Stufenerhöhung ab 01.04.05 aus Abschluss 2004, Laufzeit bis 31.03.06.

Steinkohlenbergbau, alle West-Bereiche, 39 000 Arb./Ang. (IG BCE)

- *Lohn und Gehalt*: 400 € Pauschale insg., zahlbar im Dezember 2005, für die Zeit von Mai 2005 bis Dezember 2006, 1,5 % ab 01.01.07, Laufzeit bis 31.12.07.
- *Sonderzahlung*: Festschreibung von 2 000 € als W-Geld bis 31.12.07.
- *Arbeitszeit/Sonstiges*: Verlängerung des TV zu AZ-Langzeitkonten bis 31.12.12 sowie Ausdehnung des TV auf das Saarland; Neufassung der Regelungen zum Freizeitausgleich und zur Bezahlung von Mehrarbeit.
- *Sonstiges*: grundsätzlich Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bis Ende 2007.

Textilindustrie Ost, 16 400 AN (IGM)

- *Entgelt*: 400 € Pauschale insg. für Mai 2005 bis Oktober 2006 (zahlbar in vier Teilbeträgen), 1,8 % ab 01.11.06, Laufzeit bis 31.03.07.

Versicherungsgewerbe (Innendienst), 193 300 AN (ver.di)

- *Entgelt*: 1,3 % Stufenerhöhung ab 01.01.05 aus Abschluss 2003, Laufzeit bis 30.09.05.

Aktuelle Publikationen

neu

WSI-Tarifhandbuch 2005

Schwerpunktthema: Tarifregelungen zu
"Frauen, Familie und Beruf"
Frankfurt, Bund-Verlag
304 Seiten, 17,90 €

neu

Immer flexibler - und immer länger?

Tarifliche Regelungen zur Arbeitszeit und
ihrer Gestaltung
Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 57
Düsseldorf, April 2005
80 Seiten, 10 €

Tarifpolitischer Jahresbericht 2004

Tarifstandards unter Druck
Düsseldorf, Januar 2005
79 Seiten, 10 €

Wer verdient was?

- Ausgabe 2004 -

Tarifliche Grundvergütungen nach Berufen/Tätigkeiten
Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 56
Düsseldorf, August 2004
90 Seiten, 12 €

Kontrollierte Dezentralisierung

Eine Analyse der tariflichen Öffnungsklauseln
in 80 Tarifbereichen
Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 55
Düsseldorf, Februar 2004
105 Seiten, 10 €

Reinhard Bispinck, Johannes Kirsch, Claus Schäfer **Mindeststandards für Arbeits- und Einkommens-** **bedingungen und Tarifsystem**

Forschungsbericht für das Ministerium für Wirtschaft
und Arbeit des Landes NRW
Düsseldorf 2003
452 Seiten, Schutzgebühr 8 €

zu bestellen bei:

WSI-Tarifarchiv in der Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf
Tel.: 0211/7778-248, Fax: 0211/7778-250
E-Mail: Baerbel-Kirchner@wsi.de

WSI-Tarifhandbuch 2005

- Tarifchronik
- Tarifabschlüsse 2004/2005
- Aktuelle Tarifthemen in Stichworten
- **Schwerpunktthema: Tarifregelungen zu "Frauen, Familie und Beruf"**
- Tarifdaten zu 50 Wirtschaftszweigen
- Tarifliche Ausschlussfristen
- **Neu: Aktuelle Tarif-Rechtsprechung**
- Einführung in das Tarifsysteem
- Tarifvertragsgesetz
- Glossar mit über 140 Fachbegriffen

Jetzt bestellen:

Bitte einsenden/faxen an:

WSI-Tarifarchiv
in der Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Str. 39

40476 Düsseldorf

Fax-Nr.: 0211/77 78-250

Hiermit bestelle ich:

... Ex. **WSI-Tarifhandbuch 2005**
Frankfurt, Bund-Verlag
304 Seiten, 17,90 * €
zzgl. Versand

Name:.....

Anschrift:.....

.....

.....

Datum/Unterschrift:

* ab 20/50/100/250 Exemplaren gibt es 10/15/20/25 %
Rabatt